

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garban, Magdeburg. Druck von Franz Schönbauer, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schreiberstraße). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Restband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 250 egl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Beilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Injektionsgebühr für die fünfgepaltenen Beilagen 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7779

Nr. 162.

Magdeburg, Freitag, den 14. Juli 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Reaktion in Permanenz.

Wp. Seit einigen Jahren schon steht Europa im Zeichen einer schleppenden Reaktion, augenblicklich aber sehen wir in einer ganzen Reihe von Ländern die herrschenden Mächte reaktionäre Vorstöße führen, reaktionäre Putzschneidereien, wie nie zuvor. In Belgien versucht die Regierung, das Wahlrecht der Industriearbeiter zu vernichten, in Italien unternimmt sie ein Attentat auf die verfassungsmäßige Press- und Versammlungsfreiheit, in Deutschland — die Zuchthausvorlage, in dem kleinen Dänemark versucht ein prophanes Unternehmertum die Organisationen der Arbeiter zu erschöpfen.

Es sind das Symptome der allgemeinen reaktionären Tendenz: die herrschende Klasse fühlt sich bedroht durch die normale Entwicklung; in blinder Wut drängen ihre Organe die Dinge auf die Spitze, um die Herrschaft zu behaupten, die ihren Händen zu entgleiten droht; man spielt va banque, weil man fürchtet, bald nichts mehr zu verlieren zu haben.

Charakteristisch für die allgemeine Lage der Dinge ist dabei, daß während die früheren reaktionären Vorstöße zusammenfielen mit einer wirtschaftlichen Depression, diesmal gerade der wirtschaftliche Aufschwung von einer Periode politischer Gewaltthaten der herrschenden Klassen begleitet wird. Das erklärt sich einfach: So lange noch die große kompakte Masse des Kleinbürgertums der ausschlaggebende politische Faktor war im politischen Leben, war es natürlich, daß in Zeiten der wirtschaftlichen Prosperität auch der politische Himmel voller Geigen hing; dann hieß es, „leben und leben lassen“, man baute auf die Entwicklung, man verlangte gerade in solchen Zeiten „freie Bahn“, man wollte sich nicht durch eine stumpfsinnige Regierung schuhriegeln lassen; man vertraute auf die „eigene Kraft“. Erst wenn die wirtschaftliche Misere begann, überfiel die Angst die Kleinbürgerliche Herde; dann klammerte man sich gern an die Rechtschaffenheit einer wohlwollenden landesväterlichen Regierung, tief nach der wohlthätigen Polizei und war zu allen reaktionären Schandthaten bereit.

Heute ist das wesentlich anders geworden. Die Klasse, die tatsächlich die Herrschaft ausübt, das Großunternehmertum, ist weniger zahlreich geworden, sie läßt sich nicht mehr von Heerdeninstinkten leiten, sondern verleugnet niemals, weder in Zeiten des Aufschwunges noch der Depression ihren Reaktionsinstinkt, sie will stets die Situation ausnützen bis auf den Grund, und die einzige Furcht, die sie kennt, ist die Furcht um ihre Existenz. Der wirtschaftliche Aufschwung ist da, aber man fürchtet, daß es diesmal sich um Sein oder Nichtsein handelt; man trägt sich mit grandiosen Plänen — Welten sind zu erobern! — man möchte einen gewaltigen Aufbau unternehmen, der Weltmachtstempel setzt, man träumt von Riesengewinnen, welche eine Politik der „gepanzerten Faust“ in fernen Ländern sichern soll. Aber die Plebs will die großen Pläne nicht verstehen! Die „begehrlichen Arbeiter“ machen ihre Forderungen geltend, wo man doch darauf angewiesen ist, auf dem Weltmarkte billig zu produzieren; die parlamentarische Kontrolle ist der Abenteuerpolitik, von der man sich so viel verspricht, lästig. Mehr noch, die inneren politischen Zustände entwickeln sich langsam aber stetig; das Proletariat macht in seiner politischen Machtausführung stetige Fortschritte; geht es so weiter, dann kann man mit nahezu mathematischer Sicherheit schließen, daß der Zeitpunkt kommt, in welchem die Herrschaft in die Hände dieser neuen Macht übergehen muß; es heißt, die Stellung behaupten, mag kommen was da will.

Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, daß der Typus des „liberalen Optimisten“, der noch an dem naiven Glauben aus den Kinderjahren der Bourgeoisie festhält, wonach diese die berufene Repräsentantin des Volkes ist, von der Bildfläche verschwindet und an seine Stelle der „Scharfmacher“ tritt. Seitdem sich der Antagonismus zwischen Proletaria und Bourgeoisie voll entwickelt hat, zum allgemeinen Bewußtsein gekommen ist und seitdem die unerhittlichen Thatsachen es bis zur Evidenz gezeigt haben, daß keine „sozialpolitischen“ Kunststücke über das Bestehen der unüberbrückbaren Kluft wegtauschen können, weil eben dem Proletariat endlich die Augen aufgehen, ist es für die Bourgeoisie klar, daß der ganze Tand der „verfassungsmäßigen Zustände“ mit dem Parlamentarismus und was sonst noch drum und dran hängt, für sie von Uebel ist. Nichts wäre dieser herrschenden Clique heute lieber, als eine absolutistische Regierung, welche ihre Geschäfte mit „goldener“ Rücksichtslosigkeit betreibt, mit wildem Draufgehertum, unbekümmert, um das, was kommen mag.

Zwischen dieser wenig zahlreichen, aber umso mächtigeren

Classe einerseits und dem Proletariat andererseits eingeleitet, verliert das Kleinbürgertum jeden Halt, jeden politischen Willen und daher jede politische Bedeutung. Heute begeistert es sich dummerweise für Kolonialpolitik, für das Evangelium der „gepanzerten Faust“, für den Militarismus, morgen wird es hochbeinig und will nichts von Ausnahmegesetzen, von Wahlrechtsverschlechterungen wissen, ohne zu bedenken, daß Beides zusammengehört wie Peitschenstiel und Peitschenschmür. Die brave „öffentliche Meinung“, die von den Zeitungsleuten, welche zum größten Teil eben diesem Kleinbürgertum angehören, gemacht wird, bietet denn auch einen possierlichen Anblick in unseren Tagen: ehrfürchtvoll ersterbend vor den Interessen der wirtschaftlichen Potentaten, durch überlieferte liberale Anschauungen beengt, von ebenso angestammter Furcht vor der Polizei angekränelt, weiß diese abgeheulte unglückselige Meinung nicht mehr recht, in welches Maulloch sie sich verkriechen soll und schlägt die wunderbarsten Kapriolen auf dem Boden, der ihr unter den Füßen brennt.

Die Regierungen schließlich besorgen die Geschäfte der herrschenden Großbourgeoisie so gut sie können, aber sie stoßen alsbald auf die Schranken, die ihnen gezogen sind; einen entscheidenden Kampf gegen das Proletariat können sie nicht wagen, deshalb bleibt es bei fortwährenden reaktionären Putzschneidereien, die heute Europa in Unruhe versetzen.

Das klarste Beispiel liefert Belgien: Bis an die äußerste Grenze ging die Regierung in ihrer Bestrebung, das Proletariat mundtot zu machen; Blut mußte fließen, bis die Veranstalter des reaktionären Putzschneidens, daß das heutige belgische Proletariat die Rechte, die es sich erkämpft hat, nicht ohne weiteres preisgeben wird. In Frankreich hat noch rechtzeitig das Eingreifen der Sozialisten einen Putzschneidern unmöglich gemacht: die Meline und Dupuy haben die Verbrechen des Militärlügners gedeckt, bis die Arbeiter, der Gefahr inne werdend, welche ihnen aus der Vereinigung der Haute finance, der Jesuiten und der Staatsstreicher des Heeres droht, eine entschlossene Haltung annehmen. In Italien ist der Versuch, das Volk heimlich in aller Stille der Press- und Versammlungsfreiheit zu berauben, mißglückt und der Kampf muß offen ausgekämpft werden.

Und im lieben Deutschland? Seit Jahren hören die reaktionären Putzschneidereien und Versuche zu solchen nicht auf: Umsturzvorlage, Drohungen gegen das Wahlrecht, Drohungen gegen die Freizügigkeit, Bedrückung der Presse, Verdrängung des ambulanten Gerichtsstandes, Urteilsprüche gegen die Arbeiter und zuguterletzt die Zuchthausvorlage; ganz zu schweigen von den kleinen Nadelstichen, welche die Polizei-Tag für Tag verabfolgt, indem sie die Gesetze über Koalitionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit nach ihrer Art auslegt und handhabt. Aber auch in Deutschland hat die Reaktion jetzt die Schranken erkannt, an denen sie sich den Schädel einstoßen muß bei ihrem blinden Vorwärtren, die Schranken, welche die Organisation der Arbeiter ihr steckt.

Welches aber muß die Taktik sein, welche das Proletariat gegenüber diesen reaktionären Anstößen einschlägt? Es ist klar, daß es bei der alleinigen Abwehr eines verjagten Attentats, eines jeden revolutionären Aktes von Oben, nicht bleiben kann. Die Belgier haben mit bewundernswürdigem Geschick die Konsequenzen gezogen: Die Regierung mußte zurückweichen, mußte das Scheitern ihres Attentates auf das Wahlrecht eingestehen: sie zieht die Vorlage zurück. Sofort erklärte die Sozialdemokratie, damit werde sie sich nicht zufriedengeben — sie verlangt die Ausdehnung des Wahlrechts, sie will ihren Sieg voll ausnützen. Das ist die einzig mögliche Taktik einer revolutionären Partei dem reaktionären Putzschneidern gegenüber. Dasselbe gilt von Deutschland: die Regierung ist mit einer fürchterlichen Blamage in die Ferien gegangen, sie muß bei der nächsten Sitzung der Umsturzvorlage sich einer neuen Forderung der Arbeiter gegenübersehen, der Forderung nach unbedingter Koalitionsfreiheit, nach ausgedehntem Arbeiterschutz!

Es ist ein militärisches Axiom, daß man einen Sieg durch schneidige Verfolgung des Gegners ausnützen muß. Das gilt auch im politischen Kampf: Die Reaktion holt sich bei ihren Putzschneidereien Niederlagen — wir haben diese Niederlagen auszunützen, zur Offensive überzugehen, immer und immer wieder vorzudringen, bis zum endgültigen Siege.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Das Telegramm des Kaisers an Ginzpeter wird von der gesamten Presse besprochen. Niemand ist sich im Zweifel darüber, daß der „unbeugbare Wille“ dem Kurse von Bielefeld und Deunhausen gelten soll. Demzufolge sind die Scharfmacherorgane entzückt, die nationalliberalen und sogar auch einige konservative Blätter ein wenig betreten.

Die freisinnigen Zeitungen weisen durchgehend auf den Wert unserer papiernen Verfassung hin, die jedem unbeugsamen Willen ihre Schranke setze. Unsere Parteiblätter nehmen in unserem Glauben an dieser Stelle dargelegten Sinn Stellung, wobei der Ton den jeweiligen lokalen Verhältnissen angepaßt ist. Der Majestätsbeleidigungsparagraph gilt zwar im ganzen deutschen Reich; in seiner Anwendung giebt es aber zum Glück noch verschiedene Grade. Daß wir in Magdeburg besonders vorsichtig sein müssen, weiß jeder Parteigenosse im Reiche. —

Im Falle **Krons** ist nach dem Vorwärts endlich auf den 22. Juli Termin zur Verhandlung vor der philosophischen Fakultät anberaumt worden. Nach dem Privatdozenten-Gesetz fungiert die Fakultät als Gericht erster Instanz. —

Zur **Fälschung des Reichstags-Stenogramms** wird ein neuer Versuch gemacht, einen Beamten zu einem Dementi zu veranlassen. Von einem Münchener und einem Berliner Blatte wird der Direktor des Reichstagsbureaus, der Geh. Regierungsrat Knack in die Angelegenheit hineingezogen. Die Münchener neuesten Nachrichten finden es auffällig, daß „unter den vom Verdacht Auszuschließenden“ Geheimrat Knack nicht genannt sei, und fragt an: „Ist diese Unterlassung mit Absicht geschehen oder nicht?“ und das Berliner Tageblatt erfährt aus Abgeordnetentreisen zu der Erklärung des Grafen Vassestem, der gefälschte Zusatz sei im Bureau des Reichstages hinzugefügt worden, daß nach parlamentarischen Brauch unter dem „Bureau des Reichstages“ stets nur das Bureau des Direktors Geheimen Regierungsrats Knack verstanden wird. Das Blatt fügt hinzu: „Ob auch in diesem Falle, das entzieht sich der Mitteilung.“ Herr Knack wird unmöglich schweigen können oder aber der Reichstagspräsident müßte ihn das Neben verbieten. Es wird wohl bis in den November dauern, bis Aufklärung vom Reichstag selbst geschaffen wird. —

Die **sächsischen Reaktionäre** sind mit der Vertretung der **Zuchthausvorlage** durch die preussische Regierung sehr unzufrieden. „Die regierenden Herren in der Reichshauptstadt“, schreiben die Dresdener Nachrichten, „scheinen für gewisse Empfindungen so schwer zugänglich zu sein, daß sie bisher noch garnicht zu der Erkenntnis zu gelangen vermochten, wer bei der ersten Beratung des „Zuchthausgesetzes“ eine empfindliche Niederlage oder, deutlicher gesprochen, eine schwere Blamage davongetragen hat.“ Die Erklärung des Ministers Brestel im Herrenhause sei so ausgefallen, daß man wünschen möchte, die ganze Zustimmungsfundgebung der Herrenhausmehrheit wäre unterblieben. Besonders entrüstet ist das Blatt darüber, „daß der Reichsbank-Präsident Dr. Koch sich den Luxus gestattet hat, seinen Herzensneigungen nach links und seiner Abneigung gegen alles, was von konservativer Seite kommt“, durch seine Abstimmung Ausdruck zu geben und fragt höhnisch: „Sollte das Börtchen „mentweg“ Excellenz Koch oppositionell gestimmt haben, er auf Grund von zahlreichen Erfahrungen befürchtet, solche hochgepaunte Erwartung könnte sich am Ende vielleicht doch nicht erfüllen?“ Das Centralorgan der sächsischen Konservativen, Das Vaterland, heßt besonders gegen den Reichstag. So könne es nicht weiter gehen. „Kubos oder Hammer sein, das ist jetzt die Frage.“

Ueber die **Unterstellung des Handwerks unter die Unfallversicherung** wird offiziös in den Berliner Politischen Nachrichten des Galiziers Schweinburg gefächelt:

Nach allem, was über die Stellung der Regierungen verlautet, ist kaum anzunehmen, daß der Gedanke der Einbeziehung des Handwerks in die Unfallversicherung, wie er Mitte der neunziger Jahre sogar zur Aufstellung und Veröffentlichung eines besonderen Gesetzesentwurfs geführt hat, in naher Zukunft verwirklicht werden wird. Die Stimmung, die sich nach der Veröffentlichung des auf das Handwerk und das Handelsgewerbe bezüglichen Entwurfs in der betreffenden Interessententreisen kundgab, war nicht dazu angethan, die Regierungen zu einem Vorgehen auf dem eingeschlagenen Wege zu ermutigen. Es läßt sich auch heute nicht leugnen, daß die Einbeziehung des Handwerks in die Unfallversicherung mancherlei Vorteile für dieses im Gefolge haben würde, vornehmlich den, daß es bezüglich des Bezuges der Arbeitskräfte, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen natürlich lieber der industriellen Thätigkeit zuwenden, mit dieser gleichgestellt werden würde. Andererseits würden die Kosten, die dem Handwerk erwachsen würden, durch nicht unbedeutend zu sein, und ihm diese Kosten allgemein aufzuerlegen, würde um so weniger angehen, als noch nicht einmal statisch festgestellt ist, ob in verschiedenen Handwerkszweigen die Unfallgefahr so groß ist, daß eine Einbeziehung in die Versicherungsliste notwendig oder zweckmäßig ist. Auf jeden Fall dürfte man in den Regierungskreisen zunächst den Abschluß der Entwicklung der Organisationsbestrebungen des Handwerks, wie sie gegenwärtig im Fluß ist und nach manchem Jahr dauern kann, abwarten. Es ist deshalb auch anzunehmen, daß mit der für die nächste Tagung zu erwartenden Unfallversicherungsnovelle eine Ausdehnung dieses Versicherungszweiges auf das Handwerk nicht verbunden sein wird. Die Unterstellung neuer Beschäftigungszweige unter das Gesetz dürfte sich auf den Umfang beschränken, den die Novellen der Tagung 1896-97 anwiesen.

Wenn die Kleinmeister erst sämtlich aus den Innungen hinausgeworfen sein werden, werden die handwerksmäßigen Großbetriebe gegen die Unterstellung unter das Unfallversicherungs-gesetz genau so protestieren, wie das heute schon geschieht. Das ist also nur ein Verlegenheitsgrund. —

Es bestätigt sich, daß in den Urwahlen zum **bayerischen Landtag** sich das Centrum die absolute Mehrheit errungen hat. Von den 159 Abgeordneten sind ihm 80 sicher, wahrscheinlich 83, vielleicht einer oder zwei mehr. Das Centrum gewann in Passau und Regensburg je ein Mandat, München-Deggendorf, Ludwigshafen, Birnau, Weiden je zwei, in Landau (Niederbayern) gewann es anscheinend das vom Bauernbündler Wieland innegehabte Mandat. In Straubing schloß das Centrum zur Bekämpfung des Bauernbundes ein Kompromiß mit den Mittelstandsparteien, wobei das Centrum zwei, die Verbündeten ein Mandat erhalten sollten. Nach einer Besatz hätten die Bauernbündler, nach einer anderen wahrscheinlicheren das Centrum gestiftet. In Traunstein glauben Bauernbündler wie Klerikale gestiftet zu haben. Wahrscheinlich stieg das Centrum. Der niederbayerische Bauernbund verlor drei, unter Umständen fünf bis sechs seiner Mandate. Möglicherweise geht auch Pfarrkirchen den Bauernbündlern verloren. Die Sozialdemokraten haben 11 Sitze sicher, möglicherweise einen oder zwei mehr. Die Verlusttragenden der Wahlen sind Bauernbündler und vornehmlich Liberale. — An Einzelergebnissen liegen Meldungen aus Nürnberg und der Rheinpfalz vor. Danach sind in Nürnberg 162 sozialistische und 58 nichtsozialistische Wahlmänner (1893: 135 und 91) gewählt, mit dem Landbezirk sind es wahrscheinlich 170 sozialistische, 91 liberale und 6 konservative. Im Stadtbezirk wurden 17 700 sozialistische, 8900 liberale und 620 künstlerische Stimmen abgegeben (1893: 12 300 sozialistische und 8300 nichtsozialistische Stimmen). Das gewaltige Wachstum unserer Partei in der Stadt Grillenbergers ist daraus deutlich ersichtlich. Die Rheinpfalz wird durch 12 nationalliberale und 8 Klerikale resp. sozialistische Abgeordnete vertreten sein. Bisher waren es 20 liberale. Die „Hochburg“ des Nationalliberalismus ist also zum Teil genommen worden. Unsere Partei hat in der Pfalz gewaltige Stimmenmehrung erfahren. —

Der „große“ Kurfürst.

Das gestern von uns mitgeteilte und kommentierte Telegramm Wilhelms II. an Hinzpeter wird die Veranlassung abgeben, daß sich die Öffentlichkeit mit dem brandenburgischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm beschäftigen wird, der von 1640 bis 1688 regierte und von den Hofgeschichtsschreibern der „große“ genannt worden ist.

Es wird daher nicht überflüssig sein, um immer wieder einjehenden Mythenbildungen vorzubeugen, sich zu erinnern, daß der sogenannte „große“ Kurfürst das Gegenstück eines nationalbezüglichen Fürsten gewesen ist. Er war nichts weniger als ein Pensionär und Verbündeter Ludwigs XIV., des Königs von Frankreich.

Die nachfolgenden Notizen dienen dazu zum Beweise.

Mitten im Frieden hatte der hochmütige „Sonnenkönig“

Ludwig XIV. von Frankreich — wir folgen hier einer Zusammenstellung der Leipziger Volkszeitung — die Perle des

Elbflusses, das deutsche Straßburg, geraubt; Louis hatte die wehrlose Stadt mit 30 000 Mann besetzt.

In diesen Tagen nun, da ganz Deutschland von patriotisch-entzückten Klagen über den Verlust Straßburgs widerhallte, ließ Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, den man den „großen Kurfürsten“ heißt und der nicht bloß ein Verbündeter, sondern ein Pensionär der Krone Frankreichs war, so gut wie die meisten seiner Minister und Räte und seine Gattin Dorothea, dem französischen Gesandten in Berlin, dem Grafen de Nebenac, einen kostbaren, mit Diamanten besetzten Ehrenjabel überreichen. Er wollte, so ließ er durch den Ueberbringer sagen, auch an Kleinigkeiten zeigen, daß seine Gefinnung gegen Ludwig XIV. und seine Zuneigung für Nebenac „durch Straßburg nicht geändert“ sei!

Nach dem Brauche der französischen Gesandten lehnte Nebenac, wie er an seine Regierung berichtete, das Geschenk zunächst ab, da es sich durch Fuchs, des Kurfürsten Vertrauten, noch einmal überweisen und andrängen zu lassen.

Mit vernichtender Ironie schrieb er darüber an seinen Vater: den deutschen und holländischen Zeitungen nach siehe er gewissermaßen am Pranger und werde mit Steinen geworfen, nur müße man wissen, was für Steine das seien, nämlich Diamanten als Bierat eines Degeus, den der Kurfürst drei Tage nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Falle Straßburgs empfangen ihn gerührt habe.

So sicher es bei Friedrich Wilhelm ist, daß dem hohen Herrn eine gewisse Höflichkeit und Ueberbühnlichkeit eigene, dies sein Verhalten gegen den Beamten und seine Vertreter war nicht das Ergebnis einer ungeschicklichen Laune, sondern nach dem unerschütterlichen Zeugnisse der Geschichte etwas Baverisches.

Da mit erledigteren Gegengaben hat es freilich nicht geendet. Nach Nebenacs Nachschickensbericht hat er am Berliner Hofe vom 1. März 1680 bis zum 11. März 1684 172 000 Livres ausgegeben.

Selbstgier und Benehmlichkeit, hat Fuchs im Jahre 1681 zum Beweise des großen Kurfürsten, und im Beamtenamt seiner Zeit weislich herrschend gewesen; alle Momente, die die erhabene Stellung des höchsten Beamten jener Zeit und in erster Linie des im diplomatischen Dienste verweilenden zu erklären geeignet sind, waren damals gerade in Brandenburg in besonders hohem Maße vorhanden. Jedoch kann man nicht behaupten, daß brandenburgisch-würdige Beamten jener Zeit damals schon jedes andere nicht Kopf an Verfügungsgewalt, sondern auch an Pflichtbewußtsein und wahrer Moral von vorne gegeben.

Selbst wurden die leitenden Staats-

männer, so Franz Meinders, Joachim Ernst von Grumbkow, Generalkriegskommissar und Oberhofmarschall, die Geheimräte Friedrich von Jena und Paul Fuchs. 1682 erhalten von Jena, Meinders, Grumbkow je 2000 Thaler, für den Vertrag von 1683 Meinders und Fuchs je 3000 Thaler von der französischen Regierung. Die Verteilungen, Marques de bonte Beweise der Güte genannt, gingen planmäßig vor sich.

Nebenac hat nach seiner Rechnungslegung in den ersten 4 1/2 Jahren seines Berliner Aufenthaltes (1680—1684) von den 172 000 Livres (1 Livre = 1 Mark) 122 304 Livres an die kurfürstlichen Räte gezahlt, an Meinders 58 550 (in Beträgen von 750, 6000, 7500 und 9000), an Fuchs 32 750 (750, 4000, 6000, 9000) und an von Grumbkow und von Jena je 18 000 Livres. Grumbkow bezog 1683 als Geheimrat, Generalkriegskommissar und Schloßhauptmann 2256 Thaler (= 6768 Livres), Fuchs als Geheimrat an Postgeldern und für Anfertigung der Militäraffären 1700 Thaler (= 5100 Livres) und Meinders als Geheimrat 1200 Thaler (= 3600 Livres) Gehalt.

Die brandenburgischen Prinzen erhielten gleichfalls Geschenke, der „Große Kurfürst“ eine für ihn direkt bestimmte Gratifikation von 100 000 Livres in Goldstücken guter Prägung, die Kurfürstin Dorothea kostbaren Schmuck (einmal im Werte von 60 000 Thaler), Gobelins (60 000 Livres) und andere wertvolle Gaben.

Der Ehrenbogen für Nebenac hat sich also gelohnt.

Der Hohenzoller und sein Hof verehrten den „Sonnkönig“ mit allem Aufgebot byzantinischer

Gulbigung. Als Ludwig XIV. sein erster Enkel, der Herzog von Burgund, geboren wird, schreibt ihm die Kurfürstin von der Freude des ganzen Frankreichs und des besten Teiles der Christenheit. Die ganze märkische Ritterschaft und der Hof feiern bei Nebenac eine Maskerade.

Eines Tages äußerte Nebenac einmal Zweifel an der Treue des jungen Kurprinzen gegen Frankreich. Der Kurfürst erklärte, er wolle ihm etwas zeigen, was kein anderer vor seinem Tode kennen solle, und er liest dem Franzosen folgende Stelle aus der „Väterliche Ermahnung“ von 1667 vor, die er eigenhändig für seinen Sohn als Testament aufgesetzt: Mein Sohn! Benutze Deine Erfahrung für die Wahl Deiner Bundesgenossen und halte Dir allezeit gegenwärtig, daß der gefährlichste Feind Deines Hauses der Kaiser ist! — Der einzige Freund, der Dich decken kann, ist der König von Frankreich, mit dem ich Dich in einem vollkommenen Bündnis zurücklasse.“

Friedrich Wilhelm hat die Politik der Reunionen Ludwigs XIV. gefördert und gebilligt; Ludwig XIV. hatte voll unerfährlicher Landgier in Metz, Breisach, Tournai und Besançon sogenannte Reunionskammern eingesetzt, um die Ansprüche, die der König auf Gebiete des deutschen Reichs und der spanischen Niederlande erhob, zu „untersuchen“. Viele deutsche Ortsgemeinden und Bezirke wurden so „reuniert“ (September 1681 Straßburg, 1684 Luxemburg).

In der „Defensivallianz“ von 1681 mit Frankreich verpflichtete sich der Kurfürst zur Waffenhilfe. Charakteristisch aber für die eigentliche Tendenz dieser Defensivallianz war die Bestimmung, durch die angeblich jeder Streit ausgeschlossen werden sollte, ob die Verpflichtung zu der vorgesehenen Hilfeleistung vorläge oder nicht, während sie hauptsächlich vielmehr Brandenburg zur Unterstützung der beliebtesten völkerrrechtlichen Theorie Ludwigs XIV. verpflichtete und dessen künftigen Eroberungsplänen dienlich machte.

In dem geheimen Artikel des Vertrages hieß es, ihrem Bezuhlen um Erhaltung des Friedens den Erfolg zu sichern, jellen beide Teile die benachbarten Fürsten und Reichstände möglichst zum Anschluß zu gewinnen suchen, insbesondere die Kurfürsten von Bayern und Sachsen und die Herzöge von Lothringen und Braunschweig. Die bösen Absichten der Friedensstörer zu vereiteln, sollte der Kurfürst niemand unter irgend welchem Vorwand in seinen Landen Aushebungen, Kontributionen, Quartiere, Märkte u. gestatten — also auch dem Reiche nicht — und in diesem Sinne sowohl auf den Reichstag wie auf die Kreisstage einwirken. Der König von Frankreich verpflichtete sich, dem Kurfürsten „zum Zeichen seiner Freundschaft und als Beitrag zu den nun nötigen außerordentlichen Rüstungen“ vom 30. September 1681 ab jährlich 100 000 Thaler in vierteljährlichen Raten in Paris zahlen zu lassen, so jedoch, daß die durch den Vertrag vom 25. Oktober 1679 zugesagten 100 000 Livres dabei eingerechnet, aber bis zum 1. Juli 1681 gezahlt wurden.

Der „Große Kurfürst“ war also ein Stipendiat Frankreichs, ein Pensionär Ludwigs XIV., ein Helfer der raubgierigen, gegen Deutschland gerichteten Eroberungspolitik des Sonnenkönigs, er wurde bei seinen höchsten Staatsbeamten und nahm selber „Gratifikationen“.

So entleert die unbefangene Forschung diesen „Helden“ des hochpolitischen Glanzes.

Das bleibt da von dem „großen“ Kurfürsten noch übrig?

Nachrichten aus dem Auslande.

Zum revolutionären Komplott in Frankreich werden jetzt Einzelheiten bekannt. Abwegen hilft nicht mehr. Selbst die Unparteilichkeit eines Generals hat den Ausschlag der Revolution verhindert. Die Generale Rogei und de Sany waren von Derruville zum Staatsreich gewonnen und Derruville jetzt dem Kaiser übergeben worden. Des Derruville lautet: 1. Befehlgabe des Cafés, 2. Auflösung der Kammer, 3. Ausrufen des Reiches zur Erneuerung des Königs von Orleans zum Präsidenten der Republik. Die

nötigen Maueranschläge waren schon fertiggestellt. Die Ausführung des Komplotts ist durch das Ausbleiben des Generals de Dany, auf den General Rogei zehn Minuten wartete, gescheitert. — Der Führer der Schutztruppen, Méline, arbeitet geräuschlos, doch eifrigst daran, unter den Monarchisten und Antisemiten der Kammer und unter dem halben Hundert Republikaner, über das er noch verfügt, Unterschriften zu einem Antrag auf sofortige Einberufung der Kammer zu sammeln. Mißlingt der Anschlag, so wird Méline ihn natürlich ablenken. Man darf gespannt sein, wie viel Namen er zusammenbringen wird. — General Duchesne hat dem Kriegsminister Gallifet Bericht erstattet über die Untersuchung gegen General Bellieur. Seine Schlußfolgerungen werden geheim gehalten. — Es bestätigt sich, daß die Untersuchung gegen den Paty de Clam für Boisdéffre und Mercier eine schlimme Wendung nimmt. Der Paty beschuldigt die genannten Generale, ihm ungelegliche Befehle erteilt zu haben; andererseits erscheint die Frau du Paty, eine geborene Gräfin Ursel, in der Angelegenheit verwickelt, da sie an den Fälschungen teilnahm. In Bellieur einem Mittagessen im Kriegsministerium beizwohnte. Die Aurore erklärt, falls Gallifet den betretenen Weg fortsetze, werde er seine Rolle bald ausgespielt haben. — Der frühere Kolonialminister Lebou giebt zu, er habe infolge amtlicher Berichte über die Möglichkeit einer Flucht Dreyfus' dessen Hütte mit Ballisaden umgeben lassen und angeordnet, so lange die Ballisaden unvollendet seien, Dreyfus des Nachts in Eisen zu legen. —

Bei der am Mittwoch vorgenommenen Ersthauptwahl zum englischen Unterhause in Londoner Wahlbezirk Ost-St. Pancras wurde der unionistische Bewerber Brightson mit 2610 Stimmen gewählt. Der liberale Kandidat Costelloe erhielt 2423 Stimmen. Brightsons Mehrheit ist um 102 Stimmen kleiner als die seines Vorgängers im Jahre 1895. —

Der ungarische Reichstag ist bis zum 28. September vertagt worden. —

Die Finländer haben, wie gemeldet wurde, durch den finnländischen Staatssekretär General Prokopé dem Kaiser eine zweite Bittschrift unterbreiten lassen, worin das Manifest des Zaren vom 15. Februar über die Zuweisung finnländischer Gesetzentwürfe an den Petersburger Reichsrat als den Bestimmungen der finnischen Verfassung widersprechend bezeichnet wurde. General Prokopé hat sich seiner Aufgabe am 6. d. M. entledigt und die Petition dem Kaiser unterbreitet. Wie die Nowoje Wremja meldet, hat der Zar auf die Bittschrift folgende Worte geschrieben: „Der Petition schenke ich keine Beachtung; das Petitionieren selbst finde ich tactlos, weil das Manifest nur An gelegenheiten von allgemein staatlicher Bedeutung, nicht eigentlich finnländische Fragen berührt.“ Väterchen als absoluter Herrscher kann sich dergleichen Bemerkungen erlauben. Seine „Friedensliebe“ wird dadurch trefflich illustriert.

Die englischen Chauvinisten heken fort gegen Transvaal. Mit der Haltung der Kapminister, die sich mit den Krügerischen Vorschlägen einverstanden erklärten, ist man in London äußerst unzufrieden. Es soll keine Verständigung zustande kommen, die Jingopartei, zu der der Kolonialminister Chamberlain gehört, möchte offenbar den Krieg um jeden Preis. —

Die Amerikaner machen mit ihrer Weltpolitik recht traurige Erfahrungen. Rund ein Jahr ist es her, daß das Sternenbanner über Santiago de Cuba weht, aber die Amerikaner sind dieses Besitzes bisher noch nicht einen Tag froh geworden. Gefährlicher noch, als die Volksstimmung, erweist sich den Amerikanern das Klima. Santiago de Cuba, von altersher als Fiebernest berüchtigt, hat seit seiner Besetzung durch die Amerikaner seinen üblen Ruf noch befestigt, hunderte des Klimas ungewohnter Soldaten haben dort ihr Grab gefunden, hunderte jüllen tagaus, tagein die Spitäler. Neuestens ist zu allem Unheil eine Seuche gekommen, die in einem uns vorliegenden Bericht als „Peit“ bezeichnet wird, aber vermutlich das gelbe Fieber ist. Diese Seuche hat die Amerikaner gezwungen, Santiago zu räumen. Sie trat erst in den letzten vierzehn Tagen auf, griff aber so schnell um sich, daß der kommandierende General und die gesamte Garnison am 7. Juli aus der Stadt zogen und auf den umliegenden Hügel Quartier bezogen, nachdem tags zuvor noch Major Heathwole, Oberkommissar der Vereinigten Staaten in Santiago, innerhalb drei Stunden der Krankheit erlegen war. Auch unter den Truppen in Manzanillo ist die Seuche ausgebrochen, auch diese Stadt mußte unverzüglich geräumt werden. Inzwischen stockt der Krieg auf den Philippinen völlig. Die ganze durch Krankheiten arg zusammengeschmolzene Streitmacht des Generals Dits ist in und dicht bei Manila versammelt, unfähig zum Angriff, nur gerade noch imstande, die schmale Scholle zu behaupten, auf der sie lagert, vor einem Massenangriff der Tagalen weniger durch ihre eigenen Kanonen und Flinten, als vielmehr die Furcht der Philippiner vor den Geschützen der bei Manila ankern und kreuzenden Kriegsschiffe gesichert. Aus dem Lager Aguinaldos kommen natürlich noch spärlichere Nachrichten, als aus dem amerikanischen. Die interessanteste die heute vorliegt, betrifft den Prozeß gegen die Mörder des Generals Luna, die von Aguinaldo vor ein Kriegsgericht gestellt worden waren. Die Untersuchung und die Aussagen der Zeugen ergaben, daß General Luna mit einigen seiner nächsten Anhänger sich zur Ermordung Aguinaldos verschworen hatte und in das Hauptquartier gekommen war, um seine hochverräterischen Pläne auszuführen. Er wollte, immer nach den Aussagen der Zeugen, sich selbst zum Diktator aufwerfen. Vielleicht unter dem Einflusse dieser „Ent hüllungen“ wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen, mit der Begründung, daß, weil sie den Nachweis geliefert hätten, in Selbstverteidigung gehandelt zu haben. —

Nachrichten aus Magdeburg.

Das planmäßige Vorgehen der Weichensteller auf hiesiger Bahnstation hat Erfolg gehabt. Die Volksstimme hat mehrfach die Wünsche der Weichensteller herbeiführen unterbreitet und dieselben aufgemuntert, an ihren Forderungen festzuhalten. Etwa 50 Weichensteller erhalten je nach ihren Dienstjahren eine Zulage von 100 bis 200 Mark jährlich mit der Bestimmung, daß die Gehaltserhöhung bereits vom 1. April d. J. ab gerechnet wird. Außer ihrem Gehalt erhalten die Weichensteller auch noch eine Wohnungsgeldzulage. Wie leicht erfüllt man in Walde auch die Wünsche der auf dem Buckauer Bahnhof angestellten Arbeiter. Auch hierüber hat die Volksstimme ausführlich berichtet.

Ueber die Protestversammlung im Weißen Hirsche schreibt die Magdeburger Zeitung: „Eine sozialdemokratische Volksversammlung war auf Dienstag abend nach dem Weißen Hirsche in der Neuen Neustadt einberufen worden, zu der sich der Saal gut gefüllt hatte. Den Vorsitz führte Genosse Holzmaier. Reichstagsabgeordneter Albert Schmidt hielt einen Vortrag über den Gehaltsaufschlag zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, den er wie in früheren Versammlungen auf's Schärfste bekämpfte. Er forderte ferner auf, in der Agitation gegen dieses Gesetz nicht zu ruhen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.“

Allem Widerstand zum Trotz. Die letzte Depesche des Kaisers gefällt der Magdeburger Zeitung ungemeyn. Der Herrscher eines großen Reiches, in welchem staatsfeindliche Parteien einen zerschlagenden Einfluß ausüben sollen, muß einen starken Willen haben, wenn die Zeitung zu einem glücklichen Ziele gelangen soll. Die Willensstärke will aber die Magdeburger Zeitung nur bedingt zum Ausdruck kommen lassen; gleich dem Vorwärts erinnert auch das nationalliberale Blatt an unsere verfassungsmäßigen Zustände und schreibt: „Selbstverständlich findet dieser kaiserliche Wille seine Beschränkung und Ergänzung in dem verfassungsmäßig zum Ausdruck gelangenden Willen der beiden „gesetzgebenden Körper der Nation“, des Bundesrats und des Reichstags.“ Und damit Reichstag und Bundesrat, sowie auch die preussische Regierung den Willen des Kaisers und Königs von Preußen beschränken oder ergänzen, ist der Protest gegen die Zucht-hausvorlage, aber auch der Protest gegen die Machinationen der Junter gegenüber der Kanalvorlage mit aller Kraft fortzuführen.

Dem General-Anzeiger wird aus Berlin geschrieben, daß das Telegramm des Kaisers in politischen Kreisen „lebhaftes Aufsehen“ erregt. Die meisten Morgenblätter enthalten sich noch eines Kommentars — einzelne Blätter dagegen versuchen, diese Worte des Kaisers dahin zu deuten, als sei damit der Widerstand des Reichstags gegen die Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen gemeint. In „einige-weißen Kreisen“ will man aber diese Deutung nicht gelten lassen, sondern nimmt an, daß der Kaiser mit seinen Worten auf den Widerstand gegen die Kanalvorlage hinziele. — Wir haben unsere Ansicht über das Telegramm des Kaisers bereits in gestriger Nummer dargelegt.

Der Vorstand des Provinzial-Verbandes des Vaterländischen Frauenvereins der Provinz Sachsen hat anlässlich der Einweihung der Lungenheilstätte Vogelsang bei Gommern folgendes Telegramm an die Kaiserin geschickt: „Ew. Majestät melden wir ehrfurchtsvoll, daß die vor wenigen Tagen eröffnete Lungenheilstätte für Frauen bei Magdeburg heute kirchlich geweiht ist. Wir verbinden damit das Gebälde unerschütterlicher Treue für unsere allergnädigste Protektorin, allerhöchst deren Bestrebungen auf dem Gebiete der Nächstenliebe zu fördern unsere schönste Aufgabe und unsere Ehre ist.“ Unsere Behauptung, daß die Feier ein durchaus kirchliches Gepräge gezeigt hat, ist sonach bestätigt. Von den Stadtverordneten hatten nur fünf Personen an der Feier teilgenommen.

Zwider zum Ueberholten suchen sofort bei nachstehenden Accorobilhnen: Ueberholten mit Herren-Spigenenwidern 18 Pf., Herren-Spigen-Spiegel 18 Pf., Herren-Spigen-Lack- und Chevreuz 19 Pf., Damen-Spigenenwidern 13 Pf., Damen-Spigen-Lack- und Chevreuz 15 Pf. Fern. Grünberg u. Co., Magdeburg-Neustadt. — So lautet ein Inserat im General-Anzeiger. — Wir wiederholen, daß die Firma äußerst tüchtige Zwider beschäftigt hat, dieselben aber wegen zehrender Lohnforderung aus der Arbeit gehen ließ. Auch im Tageblatt in Burg lehn wir das gleiche Inserat.

In Bochum starb der Oberbürgermeister Sahn. Der Verstorbenen ist der hiesigen Bürgerschaft nicht unbekannt, er stand sieben Jahre in städtischen Diensten. Sein Decernat war sehr umfangreich. Besonders verdient gemacht hat er sich bei der Neuorganisation des Krankenkassenwesens, das er unter sich hatte. Ferner hatte er in seinem Ressort das Nachtwacht-, Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen, die Handelskassen, die Gewerbe-, Markt- und Regenschäden, die öffentlichen Wadaenstellen und das Leihan-, die Gas- und Wasserwerke und in der Hundesteuerdeputation und war im Kuratorium des Kreditvereins für Handwerker u. Der Magistrat hat dem Verstorbenen einen Nachruf gewidmet und der Witwe sein Beileid ausgedrückt.

Kreuzottern. Von Landeuten wird darauf aufmerksam gemacht, daß infolge der nassen Witterung im Mai unter den Kreuzottern eine starke Vermehrung eingetreten ist und daß man sie jetzt auch an Plätzen findet, wo man sie früher nie getroffen hat. Besonders unter dem Gesträuch des Heidebeerkrautes und unter Moosbüschen fühlen sie sich sehr heimisch.

Etwas Nachahmendeswertes. Den Lehrern ist, wie die Allgemeine Deutsche Lehrerschaft berichtet, unterjagt worden, als Nebenbeschäftigung Agenturen von Versicherungsgesellschaften zu übernehmen, resp. sind diejenigen, die solche verwalten, zur Niederlegung derselben verpflichtet worden. Es ist wohl selbstverständlich, daß Lehrer, die anständig bezahlt werden, wofür auch die Sozialdemokraten überall eingetreten sind, nicht nötig haben, als Konkurrenten anderer Leute, die sich von solcher Beschäftigung ernähren, aufzutreten.

Mittel gegen Verbrennungen und Verbrühungen. Von einzelnen Orlstrankentassen ist schon seit Jahren bemerkt worden, daß sie sehr stark durch Verbrennungen und Verbrühungen in Anspruch genommen werden dadurch, daß die Heilung dieser Unfälle unvorstellbar lange Zeit erfordert. Die Kassenärzte, die darüber befragt wurden, waren sämtlich der Ansicht, daß dies durch die ungewöhnlichen Maßnahmen verursacht wird, die in den Betrieben selbst beim Eintritt eines derartigen Unfalles vorgenommen werden. Die Brandwunden werden nämlich vielfach in ungewöhnlicher Weise mit einem Gemisch von Keimöl und Kaltwasser bedeckt; hierdurch werden aber weder die Schmerzen verringert noch die Heilung beschleunigt, im Gegenteil: die Brandwunden werden durch dies Verfahren derartig verunreinigt und verschlammert, daß die Heilung nachher eine viel längere Zeit erfordert, als der Unfall an sich eigentlich nötig macht. Die Kassenärzte empfehlen bei frischen Brandwunden zur Verminderung der Schmerzen zunächst Besorgung mit doppeltsohlenlaurem Natron und demnach zur Heilung Verband mit einer in jeder Apotheke vorräthigen Wisamwunde, einer sogenannten Barbelebischen Brandbinde, die unmittelbar auf die verbrühte resp. verbrannte Stelle selbst gewickelt werden muß. Dies von den Kassenärzten vorgeschlagene Verfahren wird also für vorkommende Fälle zur Anwendung zu empfehlen sein, ja, es erscheint zweckmäßig, daß namentlich in solchen Betrieben, in denen die Gefahr einer Verbrennung nahe liegt, sowohl doppeltsohlenlaures Natron wie auch die Brandbinden vorräthig gehalten werden.

Unfälle. Das Hausmädchen Anna K. ist am Dismarck-Denkmal gefallen und hat sich den rechten Arm ausgerenkt. — Der Feilenhauer Gustav B. ist aus Versehen von einem unbekanntem Kutscher mit der Peitsche in das linke Auge geschlagen worden, wodurch er eine erhebliche Augenverletzung erhielt. Beide fanden Aufnahme in der Altkindlichen Krankenanstalt.

Die Ehefrau eines hiesigen Agenten wollte sich Mittwoch abend aus einem Konzertlokal nach Hause begeben. In der Nähe der Ulrichstraße wurde sie plötzlich unwohl, fiel um und war nach wenigen Minuten tot. Ihre Leiche wurde nach der Leichenhalle der Altkindlichen Krankenanstalt gebracht.

Nachrichten aus der Provinz.

Esfurt. (Es liegt kein Bedürfnis vor.) Der geplante Bau einer Bahn von hier nach Rudolstadt ist seitens der preussischen Eisenbahnverwaltung abgelehnt worden, da ein Bedürfnis nicht vorliegen soll. Diese Antwort hat allgemein überstürzt.

Groß-Ottersleben. (Den Schädel zertrümmert.) Ein heftiger Unglücksfall wird der Magdeburger Zeitung von hier gemeldet. Ein 1/2-jähriges Mädchen war der Obhut des älteren Bruders anvertraut, da die Eltern ihrer Beschäftigung außer dem Hause nachgingen. Der Knabe war mit dem Kinde im Wagen vor die Hofschmiede in der Mittagsstraße gefahren, wo Pferde beschlagen wurden. Ein unruhiges Pferd schlug aus und traf das Kind im Wagen so hart auf den Kopf, daß der Schädel zertrümmert wurde und die Kleine alsbald verstarb.

Halle a. S. (Ertrunken.) In der Saale ertrunken ist der dreijährige Sohn des Arbeiters Martin, der mit seinem älteren Bruder das Frühländ nach dem Gimmiger Brückenbau betrieb. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Kayna. (Schamlose Handlungen.) Der Arbeiter Th. Scheide von hier war vom Schöffengericht in Bezug auf sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er ein Kind durch schamlose Handlungen und Redensarten beleidigt hatte. Das Landgericht in Naumburg hat das Urteil bestätigt.

Rogätz. (Gründung einer Konservenfabrik.) Am vergangenen Sonntag hielt der hiesige Obstbauverein im Nicolaifischen Lokale seine Juli-Versammlung ab. Es handelte sich in dieser Versammlung um Gründung einer Konservenfabrik. Es sind bis jetzt 45 000 Mark von hiesigen Bewohnern gezeichnet worden. Da aber ein Kapital von 80 bis 90 000 Mark erforderlich ist, sieht man sich genötigt, Beteiligung aus umliegenden Dörfern zu suchen. Voraussichtlich kann in der in nächster Zeit stattfindenden Versammlung der Interessenten zur Gründung selbst geschritten werden. Baupläne sind gratis zur Verfügung gestellt worden.

Schleibitz. (Frauenarbeit.) Hier trug sich ein bedauerlicher Unfall zu. Eine Dienstmagd des Dekanats St. mußte ein Paar Pferde vor einem beladenen Wagen spannen. Die Pferde schrien, gingen durch und der schwere Wagen ging dem bedauernswerten Mädchen über den Leib. Die Schwerverletzte mußte sofort der hiesigen Klinik zugeführt werden. Ist denn Pferdeanführer eine Arbeit für Mädchen? Wenn dieser Herr nicht genügend männliche Arbeiter anstellen will, so mag er derartige gefährliche Arbeiten doch einfach selbst machen.

Stahlfurt. (Schlaganfall.) Eines plötzlichen Todes ist am Montag die Ehefrau des Berginvaliden Andreas Müller gestorben. Während sie in der Thür ihres Hauses Hammerstraße 20 saß, fiel sie, vom Herzschlag getroffen, tot zu Boden.

Nachrichten aus dem Reiche.

Silbesheim. (Zwei Menschenleben vernichtet.) In der Wörschen Sparbedarfsabrik waren die Arbeiter Bleyer und Gerde beschäftigt, Winkelstangen vom Parterre aus in den zweiten Stock zu schaffen. Sie wollten die Stangen nach der Aufgangstrappe hereinziehen. Hierbei kam die Stange in Verührung mit einer Wase der Hochspannung der elektrischen Straßenbahn, die an der Wörschen Fabrik vorbeiführt nach Giften zu. Der Arbeiter Bleyer stürzte infolge des elektrischen Schlags tot zur Erde, die Stange fiel in der Hand des Gerde. Gerde, der die Hand am Geländer hatte, stürzte auf Bleyer zu und berührte nur mit der Hand dessen Beine, worauf er ebenfalls Kontakt erhielt und sofort gestorbt wurde. Die beiden Unglücklichen haben verschiedene heftige Brandwunden davongetragen.

Leipzig. (Vertraute Räuber.) Zwei freche Räuber, der Vereiter Paß aus Delsnik und der Martsheller Sperling aus Johanningergangstadt, standen am Mittwoch vor dem Schwurgericht, beschuldigt, in der Nacht zum 1. April d. J. den Dreißigjährigen Strauß auf der Thausse überfallen zu haben, um diesen seiner Barschaft zu berauben. Der Ueberfallene hatte sich jedoch derart kräftig gewehrt, daß die beiden Räuber mit blutigen Köpfen abziehen mußten. Beide Räuber wurden zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Mühlheim a. N. (Eine Bestie.) In der Nähe von Bergisch-Gladbach wurde eine 70-jährige Greisin am Waldesjaum von einem 19-jährigen Burschen überfallen und vergewaltigt. Der Unmensch wurde später verhaftet. Die bedauernswerte, dem Tode nahe Frau mußte sofort nach dem Hospital gebracht werden.

Spandau. (Entzündung von Knallquecksilber.) Im Feuerwerkslaboratorium fand eine Entzündung von Knallquecksilber statt, wobei drei Arbeiter leichte Verletzungen davontrugen.

Aus Thüringen. (Gegen die Vogelsteller.) Gegen die Vogelsteller wird jetzt scharf vorgegangen. Das Amtsgericht in Eisfeld verurteilte jüngst zwei Bewohner aus Heibach wegen unerlaubten Vogeljanges zu je vierzehn Tagen Haft.

Wernigerode. (Vom Broden.) Der Verkehr nach dem Broden soll sich derart gesteigert haben, daß die fahrplanmäßigen Züge kaum die Menge der zu befördernden Personen bewältigen können.

Vom Unwetter im Wupperthale. Die Gewitter, welche am Sonntag und Montag in der Rheingegend, sowie im Wupperthale niedergegangen sind, haben zahlreiche Opfer gefordert. In Grifeld schlug der Blitz in ein Wohnhaus ein und tötete eine im Bett befindliche kranke Frau, während der auf dem Betttrand sitzende Mann gelähmt wurde. In Nevißes ist ein dreizehn-jähriger, in Welbert ein vierzehnjähriger Knabe vom Blitz getötet worden. In Heiligenhaus stürzte ein Spaziergänger vom Blitz getroffen, tot nieder. Das gesamte Wupperthal ist erneut von schwerem Unwetter heimgesucht worden, das am Dienstag abend stundenlang anhielt und infolge der gewaltigen Wassermassen große Verkehrsstörungen hervorrief. In den Bahnhöfen zu Nittershausen und Warmen waren die Bahnstrecken durch Geröll verschüttet, so daß die Züge nicht durchfahren konnten. Um den Verkehr aufrecht zu halten, mußten Sonderzüge abgelassen werden. Die Wupper führt Hochwasser; der Fichtenthalerbach, gleichfalls reichend angeschwollen,

erregte seine Fluten über die Eisenbahngelände. Zahlreiche Häuser sowie der Barmer Bahnhof wurden fast bis unter Wasser gesetzt. Oberhalb Bohlwinkel wurden Vater und Tochter auf freier Felde vom Blitze getroffen und beide gelähmt.

Kleine Chronik.

Eine entsetzliche Straßenszene spielte sich am Dienstag zu Wien in der Gumpendorferstraße ab. Ein Wärdersgehilfe lag in einem Trübletzen Kleider, wurde ertröpft und von der aufgeregten Menge verfolgt. Von einem entgegenkommenden Fleischwagen sprang ein Gefährte ab, warf sich dem flüchtigen Diebe entgegen, fiel aber plötzlich tot zur Erde. Der Dieb hatte ihm das Messer ins Herz gestoßen.

Eine furchtbare Explosion fand am Montag nachmittags in der Nähe der Stadt Bayonne (Frankreich) statt. Der Kessel einer Dampfmaschine, die für die Zinnblechwerke der „coteau des arenes“ benutzt wird, explodierte und tötete drei Arbeiter auf der Stelle, während fünf andere schwer verwundet wurden. Die Wirkungen der Explosion waren schreckliche. Eines der Opfer, der Maschinist Duride, wurde ganz auseinandergerissen; Kopf und Körper wurden mit solcher Gewalt 40 Meter weit fortgeschleudert, daß sie durch eine Wand auf ein Dach fielen, wo man sie aufsand. Ein Wein wurde in der Nähe eines benachbarten Hauses wiedergefunden.

Wegen Sittlichkeitsvergehen wurde in Wien während eines Verhörs beim Landgericht Ritter von Spann, der langjährige Jünger des bekannten Malers Diefenbach, verhaftet. Zugleich verläutet daß Verhaftungen in der Wiener Diefenbach-Kolonie bevorstehen.

Begnädigt wurde die wegen Vergiftungsversuchs an ihren Gatten zu fünfjährigem Zuchthaus verurteilte Frau Mandl.

Auf der Eisenbahnlinie Madrid-Alicante stieß am Bahnhof Matas-Verdes ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Elf Reisende wurden verletzt.

Die Opfer der italienischen Militärdiktatur.

Nach dem italienischen Militärwochenblatte (L'Esercito italiano, Nr. 93) haben die Kriegsgerichte in den Provinzen, in denen der Belagerungszustand herrscht, vom 23. Mai bis 1. August 114 Prozesse entschieden, in die 779 Angeklagte, darunter 28 weibliche, verwickelt waren. Während die öffentlichen Ankläger zusammen 1670 Jahre 1 Monat 15 Tage Gefängnis (reclusione), 49 Jahre 4 Monate 26 Tage Haft (detenzione), 412 Jahre Polizeiaufsicht, 29 546 Lire Geldstrafe und 9 Jahre 15 Monate 15 Tage Korrekthaus für Unmündige und 48 Freisprechungen beantragten, wurden verhängt: 1307 Jahre 1 Monat 21 Tage Gefängnis, 46 Jahre 5 Monate 9 Tage Haft, 225 Jahre Polizeiaufsicht, 26 700 Lire Geldstrafe, 8 Jahre 5 Monate Korrekthaus; 127 Personen wurden freigesprochen. Die höchste Strafe betrug 15 Jahre Gefängnis, die niedrigste 14 Tage Haft. Unter den 652 Verurteilten befinden sich 24 Frauen und 184 Unmündige, es sind darunter 3 Priester, 15 Publizisten, 3 Abgeordnete. 30 Personen wurden außerdem in contumaciam verurteilt, darunter einige zu 15 Jahren Gefängnis. Und die Folgen? Ausbreitung und Vertiefung der sozialistischen Idee.

Bereine, Versammlungen, Vergnügens.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Zahlabend für Bezirk Sudenburg am Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Berliner Bierhalle“. — Versammlungen finden statt: Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Branche der Klempner, bei Grothum, Al. Klosterstr. 15/16. Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Spielgartenstr. 1c. — Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Branche der Feilenhauer, bei Buchlow, Katharinenstraße 5. — Montag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, Generalversammlung. — Näheres siehe Inserat in der folgenden Nummer der Volksstimme.

Letzte Nachrichten.

Düsseldorf. Hier stellen 750 Maurer die Arbeit ein. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit und 50 Pfennig Stundenlohn. Fünf Meister bewilligten die Forderungen. 100 Gesellen arbeiten noch.

Frankfurt a. M. Die Stadt hatte den Krachensführern im Kohlenhafen 20 Pf. Lohnzuschlag pro Tag bewilligt, jedoch diese um 3.20 Tagelohn hatten. Dafür sollten sie aber des Morgens 20 Minuten früher anfangen, als die übrigen Arbeiter im Hafen. Damit sind die Krachensführer nicht einverstanden und nahmen deshalb die Arbeit nicht auf.

Antwerpen. Die Saisnarbeiter sind in einen Ausstand getreten. Es wird für Sonntags- und Nachtarbeit eine Lohnzulage verlangt.

Braun. Ausländische Arbeiter der Firma Loew-Beer in Smittawa erzwangen durch Gewaltthätigkeiten und Drohungen in der Spinnerei Mett-Fischer in Lhorta-Katona die Einstellung der Arbeit. Gendarmen verhafteten dabei 58 Personen, welche wegen Verbrechen der Gewaltthätigkeit dem Gerichte eingeliefert wurden.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 17,00—21,00. Speisebohnen (weiße) 17,00—33,00. Bohnen 25,00—49,00. Kartoffeln alte 5,50—6,00, neue 6,25—7,50. Rübenschrot 3,50—4,00. Krumm-erbsen 2,50—3,00. Heu 5,00—6,50. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,00—1,08, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,20—1,40. Speck (geräuchert) 1,60. Eßbutter 2,00 bis 2,40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,40—3,10.

Briefkasten.

G. W., Halberstadt. Ich werde am 25. Juli das Referat übernehmen. Thema: Die Zuschlagsvorlage vor dem deutschen Reichstags. Gruß. G. — S., Notekrebst. Sie müssen Ihre Forderung eintragen. Ist der Aufsicht unbekannt, so muß die Zustellung öffentlich geschehen. Gauden Sie anders, so kann event. Verstrafung wegen Unterschlagung erfolgen. — Eingegangen: Versammlung der Stenografie. —

Was ist Globus? 588

10-12 Steinseker finden sofort Arbeit. Nachfragen bei Aug. Salte, Kasino, in Lehe am Markt. 2018. Tüchtige Ofenseker finden lohnende Beschäftigung bei A. Teichmann, Blumenstraße 1. 500

Ca. 500 leere Cigarren-Risten und Cigarren-Bänder zu jedem Preis abgegeben. 2001. Cigarren-Import, Rogätzerstrasse 55.

Die Umgestaltung des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes.

I.

Vom 1. Januar 1900 ab tritt das neue Gesetz in Kraft, das am 15. Juni in dritter Lesung unter Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion angenommen wurde. In Opposition blieben nur drei Welsen, die noch manchesterlicher als Eugen Richter von solchem „Staatssozialismus“ überhaupt nichts wissen wollen, und drei Konervative, die für Ostelbien unbeschränktes Anrecht auf das Vermögen und Einkommen der übrigen Versicherten Deutschlands fordern.

War es doch die Notlage einiger agrarischer Bezirke, durch die die Regierung überhaupt veranlaßt wurde, eine Umgestaltung des Gesetzes zu verlangen. Ostpreußen und Niederbayern haben größere Ausgaben als Einnahmen, wozu besonders in Ostelbien der Umstand schuld trägt, daß nicht alle Versicherungspflichtigen Beiträge entrichten, dagegen sehr viele eigentlich nicht Rentenberechtigte, die sonst der Armentasse zur Last fallen würden, zu Rentnern gemacht werden.

Der im § 33 des neuen Gesetzes geschaffene „Ausgleich“ ist ein Kompromiß zwischen den Forderungen Ostelbiens und der Reichstagsmehrheit. Künftig wird, nicht wie die Regierungsvorlage wollte, schon das angesammelte Vermögen geteilt, sondern das Einkommen der Anstalten, und zwar werden vier Zehntel der Beiträge jeder Versicherungsanstalt reserviert für die gemeinsam zu tragenden Lasten. Von diesem Gemeinvermögen werden gedeckt drei Viertel sämtlicher Altersrenten, die Grundbeträge aller Invalidenrenten, die Rentensteigerungen infolge von Krankheitswochen und die Rentenabrundungen. Alle übrigen Verpflichtungen bilden die Sonderlast der Versicherungsanstalt. Sollten diese Beiträge nicht ausreichen, um das Defizit agrarischer Bezirke, welche besonders viel Altersrentner haben, zu decken, so kann nach 10 Jahren der Bundesrat einen höheren Ausgleichsbeitrag beschließen, dieser bedarf aber der Zustimmung des Reichstages. Durch letztere Einschränkung, die durch einen sozialdemokratischen Antrag in das Gesetz kam, ist jeder einseitigen Begünstigung Ostelbiens zu Ungunsten des übrigen Deutschlands ein Riegel vorgeschoben, denn daß nach 10 Jahren die Funke etwa die Mehrheit im Reichstage besitzen, ist nicht anzunehmen!

Die Sozialdemokratie hat diesen Ausgleich energisch bekämpft; wir fordern, daß, um das Defizit zu decken, die Beiträge der unteren Lohnklassen, die in agrarischen Bezirken vorherrschen, erhöht werden, daß aber, da gerade die Ferneren nicht noch mehr belastet werden dürfen, ein **Reichszuschuß von 10 Pfennig pro Woche und Kopf** für diese Lohnklassen gegeben und durch eine progressive Reichseinkommensteuer gedeckt werde. Unter dieser Bedingung waren wir auch für eine Centralisierung der gesamten Versicherung.

Aber diese Anträge wurden ebenso abgelehnt wie unsere grundsätzlichen Forderungen auf Vereinheitlichung des gesamten Versicherungswesens durch Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, zu dem die Arbeiter ihre Vertreter wählen können. So wichtig und notwendig es ist, daß eine solche grundlegende Umgestaltung der Versicherungsgegebung geschaffen wird, so wenig ist dazu Aussicht vorhanden, so lange unsere Fraktion eine solche Minderheit bildet. Unter den gegenwärtigen Umständen hatten wir daher nur die Wahl zwischen zwei Uebeln: dem alten Gesetz, das voller Härten gegen die Rentenbewerber ist, und dem neuen, das nicht alle unsere

Anforderungen erfüllt, aber viele Verbesserungen aufzuweisen hat. Und nur aus letzterem Grunde, nicht etwa weil das Geschwähz unserer Gegner über die angeblich unfruchtbare Opposition der Sozialdemokratie uns dazu veranlaßte, haben wir für das Gesetz gestimmt.

Die Verbesserungen des Gesetzes erstrecken sich leider nicht auf die Versicherungspflicht; hier wurde die von uns beantragte Ausdehnung des selben auf die Haus-Gewerbetreibenden unter Mitbelastung der Auftraggeber abgelehnt und es nach wie vor dem Bundesrat überlassen, von Fall zu Fall darüber zu entscheiden. Als **Verflechtung** zu Gunsten der Agrarier wurde neu hinzugefügt, daß Ausländer, denen der Aufenthalt im Inlande nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist, von der Versicherungspflicht befreit sind — was die Heranziehung russischer und galizischer Arbeiter erleichtert.

Als keinen Vorteil müssen wir es ferner betrachten, daß die **freiwillige Versicherung sehr ausgedehnt** wurde, nämlich auf Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen und sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bilden, ferner auf Lehrer und Erzieher, sowie Schiffsführer, falls sie noch nicht 40 Jahre alt, aber auch wenn ihr Lohn oder Gehalt mehr als 2000 Mark, aber nicht mehr als 3000 Mark jährlich beträgt. Da auch die Zusatzmarke fiel, die bis jetzt bei freiwilliger Versicherung geklebt werden muß (ein Vorteil, der allerdings auch den bisher schon freiwillig Versicherten mit geringerem Einkommen zu gute kommt) wird die Belastung der Versicherungsanstalten durch diese wohlhabenden freiwilligen Versicherer sehr groß, zumal die Wartezeit bei denen, die 100 Wochen versicherungspflichtig ihre Beiträge leisteten, im ganzen nur 200 Wochen, bei den übrigen 500 Wochen beträgt. Es ist zu befürchten, daß sich hauptsächlich diejenigen freiwillig versichern werden, die kranklich sind, während die gesünderen es unterlassen. Dadurch werden den Anstalten hohe Zahlungsverpflichtungen auferlegt und schließlich sind es wieder die **Proletarier**, aus deren Taschen die Rentenzuschüsse gedeckt werden, während, wenn solche nicht zu leisten sind, höhere Aufwendungen für Invaliditätsverhütung gemacht werden könnten.

Einem berechtigten Wunsche entspricht es, daß auch eine **fünfte Lohnklasse** geschaffen wurde für Einkommen über 1150 Mark, so daß diese jetzt entsprechend der höheren Beitragsleistung auch eine höhere Rente als bisher erhalten kann. Die Beitragshöhe ist jetzt 14, 20, 24, 30 und 36 Pfennige, während sie bisher 13, 18, 24 und 30 Pfg. betrug. Auch die Renten sind etwas erhöht worden, freilich noch lange nicht so, daß der Rentner eine auskömmliche Existenz davon hätte. Der Reichszuschuß von 50 Mark bleibt bestehen. Bei den Invalidenrenten kommt zu diesem bisher ein Betrag von 60 Mark und mit jeder vollendeten Beitragswoche eine Zulage von 2, 6, 9 und 13 Pfg. in der 1. bis 4. Lohnklasse. Künftig steigert sich schon der Grundbetrag je nach der Lohnklasse und beträgt 60, 70, 80, 90 oder 100 Mark. Für jede Woche, die über 500 Wochen hinaus die Versicherung lief, kommt hierzu noch ein Steigerungssatz von 3, 6, 8, 10 oder 12 Pfg., wobei dann, wenn mehr als 500 Beitragswochen nachgewiesen sind, stets die 500 Beiträge der höchsten Lohnklasse zu Grunde gelegt werden. Sind weniger als 500 Beitragswochen nachgewiesen, so werden für die fehlenden Wochen Beiträge der 1. Lohnklasse in Anrechnung gebracht. Kommen verschiedene Lohnklassen in Betracht, so wird als Grundbetrag der Durchschnitt der diesen Beitragswochen entsprechenden Grundbeträge in Anschlag gebracht.

Die **Invalidenrenten** werden dadurch in Zukunft etwas höher, am allerwenigsten in der niedrigsten Lohnklasse, wo die Steigerung für je 100 Wochen 1 Mark jährlich beträgt, also bei 1000 Wochen anstatt 130 Mark Rente 140 Mark; in der zweiten wird sie nach derselben Zeit anstatt 170 Mark 180 Mark betragen, in der dritten anstatt 200 Mark 210 Mark, in der vierten bleibt sie bei 240 Mark, dafür kommt aber die fünfte Lohnklasse, die vorher mit der vierten vereinigt war, dann freilich auch höhere Beiträge zahlen muß, auf 270 Mark jährlich.

Die **Altersrente** wird ebenfalls etwas erhöht. Bisher besteht sie aus dem Reichszuschuß von 50 Mark und einer von der Versicherungsanstalt gewährten Rente, welche für jede Beitragswoche aus 4, 6, 8 oder 10 Pfg. besteht, wobei 1410 Beitragswochen in Anrechnung kommen und für diejenigen, die länger Beiträge entrichteten, diejenigen 1410 Beitragswochen in Anschlag kommen, in denen die höchsten Beiträge erreicht worden sind. Danach beträgt jetzt die Altersrente (einschließlich des Reichszuschusses) 106,40, 134,60, 162,80 Mark oder 191 Mark. In Zukunft beträgt der von den Versicherungsanstalten aufzubringende Teil der Altersrente 60 Mark, 90 Mark, 120, 150 oder 180 Mark und es werden bereits, wenn mehr als 1200 Beitragswochen nachgewiesen sind, die 1200 Beiträge der höchsten Lohnklasse der Berechnung zu Grunde gelegt. Danach beträgt die Altersrente einschließlich des Reichszuschusses für Lohnklasse I anstatt 106,40 Mark 110 Mark, für Lohnklasse II anstatt 134,60 Mark 140 Mark, für Lohnklasse III anstatt 162,80 Mark 170 Mark, für Lohnklasse IV anstatt 191 Mark 200 Mark und für die V. Lohnklasse 230 Mark.

Es sind also keineswegs bedeutende Erhöhungen, aber die Wartezeit ist herabgesetzt von 235 Wochen für die Invalidenrente auf 200 Wochen und von 1410 Wochen für die Altersrente auf 1200 Wochen, indem das neue Gesetz ein Beitragsjahr nicht mehr mit 47, sondern mit 40 Wochen in Rechnung bringt.

Unsere Partei vertrat den Standpunkt, daß die Arbeiter lieber einen höheren Beitrag zahlen würden, wenn sie dafür auch sicher wären, eine auskömmliche Rente rechtzeitig zu erhalten. Die überwiegende Mehrheit des Reichstages und die Regierung will aber von einer höheren Belastung der Arbeiter (wie sie sagt, der Arbeitgeber wie sie meint) nichts wissen, und so wird nach wie vor der Invaliden- und Altersrentner nur eine ungenügende Unterstützung erhalten.

Wesentlichere Verbesserungen sind aber für die Erlangung der Invalidenrente erzielt worden, wenn freilich auch noch keineswegs genügende.

Aus der Parteibewegung.

Mit dem nächsten **internationalen Arbeiterkongress** beschäftigte sich ein längerer Leitartikel der Pariser Petite Republique von gestern. Der Stand der Sache ist, wie wir den Lesern ins Gedächtnis zurückrufen wollen, kurz folgender. Nachdem die deutsche Sozialdemokratie bei unseren schwankenden politischen Zuständen sich von der Unmöglichkeit überzeugt hatte, den Kongress in Deutschland abzuhalten, fiel laut Beschluß des Londoner Kongresses, die Pflicht der Organisation des nächsten Kongresses den Franzosen zu. Im Mai ds. Js. fand in Brüssel eine vorbereitende internationale Konferenz statt, welche die französischen Vorschläge in verschiedenen Punkten abänderte. Die französischen Delegierten waren nicht in der Lage, diese Änderungen endgültig anzunehmen, da dieselben erst den verschiedenen Parteigruppen vorgelegt werden müssen. Die kritischen und bedeutungsvollen Vorgänge der jüngsten Zeit haben solche Be-

Fenilleton.

Selene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky
(37. Fortsetzung.)

Fremdartig und phantastisch sah es in dem Zimmer aus. Ein großer Divan, mit schwellenden Polstern und orientalischen Teppichen reich belegt, stand fast in der Mitte. Zwei Paravents von Seide mit japanischer Hochstickerei bildeten seine Rückwand, sie im Verein mit zwei hochaufragenden Palmen einen Teil des Gemachs den Blicken der Eintretenden entzogen. Die Palmenblätter waren bestäubt und welk, sie waren wohl erstickt in dem Raum, dessen Fenster geschlossen, dessen Vorhänge herabgelassen waren und in dem eine dicke Luft herrschte, die mit den feinen Dämpfen einer Havana und verschiedener Parfüms geschwängert, auf Selene eine betäubende Wirkung übte.

„Da wohnte er,“ dachte Sene, und wieder schweifte ihr Blick über die vielen, vielen Teppiche hinweg, die dem Zimmer einen so weichen Charakter gaben, und über die Zierstühle, auf denen die Nippes sich häuften. — Ein Gefühl des Unbehagens ergriff sie, und wieder that sie einige Schritte — da führte eine Thür in ein zweites Gemach.

Sie war um die Paravents herumgegangen und bemerkte einen zierlichen Schreibtisch, nahe beim Fenster. Darüber hing ein Selbstbild: badende Mädchen. Nicht die feuchte Schönheit des Weibes wollte der Maler vermuthen, nur ihren bezaubernden Reiz.

Selene senkte den Blick davor, er fiel auf die mannigfache Ausstattung des Tisches. Ein ihr unangenehmer Duft leitete sie und sie streckte die Hand nach einem hier offenliegenden Billet aus.

Es war dasselbe, das er heute erhalten hatte. Das Couvert trug den Poststempel des Tages und St. Agaths.

Aber sie hätte es schon nach dem Parfüm erkannt, den es ausströmte.

Mit einer raschen Bewegung hatte sie das Billet vor ihre Augen gebracht und las: „Ich werde Ihnen die Antwort auf Ihre Frage mündlich geben. Erwarte Sie bald nach fünf.“

Keine Ueberschrift, keine Unterschrift, nur zum Schluß ein eigentümlicher Schnörkel.

Aber was brauchte sie mehr zu wissen; er hatte ihr von einer Einladung zur Jagd gesprochen und damit eine Unwahrheit gesagt.

„Warum — wozu?“

Sie hatte sich niedergesetzt, in plötzlicher Ermattung des Herzens, ihre Hand, die das Biletchen mit einer Gebärde des Widerwillens auf den Tisch zurückwarf, zitterte heftig.

Mit aufeinandergepreßten Zähnen starrte sie vor sich hin.

Es dauerte eine Weile, ehe es ihr zum Bewußtsein kam, daß ihre Augen auf dem Bilde einer Frau ruhten, das in einem zierlichen Brouccerahmen vor ihr auf dem Tische aufgestellt war.

Es war eine nicht mehr ganz junge Dame, in einem kostbaren Kleide mit tiefentblöhten Schultern. Sie zog es näher, um jede Linie dieses schönen Gesichtes zu analysieren, und bemerkte, daß am Rande des weißen Kartons etwas geschrieben stand. Es war jene bei Widmungen gewöhnliche Phrase, aber darin ein Wort, über das ihre Augen nicht hinwegkamen: der Name ihres Mannes, dem man das Bild „zur Erinnerung“ geschenkt hatte.

Hastig sah sie nach dem Couvert des Bilettes, um die Schrift zu vergleichen. — Wichtig, der gleiche Name zeigte die gleiche Schrift, und hier wie dort der Schnörkel.

Alles war ihr mit einem Male verständlich geworden, alles erschlossen.

Die Einladung kam von dieser Frau. . . Sie erwartete ihn und er war zu ihr gegangen — er war bei ihr.

Und seiner Gattin hatte er es verheimlicht — er hatte sie belogen, belogen! Unter Nervenschauern erbebt sie und stülpte doch ein so heißes, brennendes Weh im Herzen, das verjüngend wirkte. Aber war es denn möglich? Nein, es konnte nicht sein, nein, nein, sie hatte sich getäuscht.

Und wieder griff sie nach dem Bilde und wieder nach dem Brief, um beide im nächsten Augenblick von sich zu schleudern.

„Abgesehen!“ Der Duft dieses Briefes haftete an ihren Fingern, gleich wie er an den Fingern ihres Mannes hängen geblieben war.

Sie schüttelte sich vor Ekel, indem sie die Hand mit den ausgepreizten Fingern weit von sich streckte. Aber da erinnerte sie die Bewegung selbst an eine gleiche aus gleicher Ursache.

Es war an ihrem Hochzeitsabend, wo sie den schönen Strauß in die Hand genommen hatte, in dem eine Karte geborgen war, mit demselben, ganz demselben Duft, der ihre Nerven damals wie heute affizierte — und sie erinnerte sich keines finsternen Blickes, als sie die Karte ihm überreichte, und sie glaubte den seltsam gepreßten Ton wieder zu hören, mit dem er den Namen von dieser Karte las: „Sermina!“ rief sie laut und erschraf über ihre eigene Stimme.

Sie schleuderte Brief und Bild weit von sich auf die Erde und brach in ein konvulsives Weinen aus.

Sie mußte alles, sie erriet alles.

„Belogen, mir belogen — um zu ihr zu gehen — Erich, Erich!“

Wie ein Schrei der Verzweiflung drang sein Name von ihren zuckenden Lippen, dann völlig in sich zusammenbrechend, rang sie die Hände in maßlosem Weh.

„Und ich hab' ihn so lieb gehabt — so lieb gehabt — so lieb — so lieb —!“

Sie wiederholte es wieder und glaubte in Jammer vergehen zu müssen. (Fortsetzung folgt.)

Tagungen in Paris bisher verhindert. In den nächsten Tagen werden aber die fünf verschiedenen Gruppen, — zunächst jede für sich und dann alle vereinigt — zusammen treten und Beschluß fassen. In dem erwähnten Artikel der Petite République tritt nun Jaurès, der in Brüssel nicht zugegen war, mit beredten Worten und eindringlichen Gründen für das Brüsseler Programm in seiner Ganzheit ein. Hoffen wir, daß die Entscheidung der französischen Genossen so ausfällt, wie wir es im Interesse der französischen Sozialdemokratie und der gesamten internationalen Arbeiterbewegung nur wünschen können.

Dhne Erlaubnis des Stadtrats in Bittau hatten Dresdener Parteigenossen in Bittau Flugblätter verbreitet. Der freisinnige Stadtrat wollte auch etwas zur Rettung der bestehenden Ordnung beitragen und sandte einem der Flugblattverbreiter folgende Strafverfügung nach:

Nach pflichtgemäß erstatteter Anzeige unserer Schutzmannschaft sind Sie beschuldigt, im Auftrage des Streikkomitees in Dresden Druckschriften gegen Gewährung freier Fahrt und Tagesauslösung, somit gewerbsmäßig, verteilt zu haben, ohne daß Sie vorher die erforderliche polizeiliche Erlaubnis eingeholt haben.

Nach Grund von § 43 Abs. 1 und § 148 Abs. 5 der Reichsgewerbeordnung wird daher gegen Sie eine Geldstrafe von 3 Mark mit der Maßgabe festgesetzt, daß im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe an deren Stelle Haft in der Dauer von einem Tage zu treten hat.

Da ist also der „gewerbsmäßige Agitator“, wie er leidet und lebt. Und das Verdienst, ihn entdeckt zu haben, gebührt Sachsen. Natürlich werden erst die Gerichte darüber zu entscheiden haben, ob in Sachsen die Flugblattverbreitung in Zukunft wirklich der behördlichen Genehmigung unterstellt werden soll. Sollte aber ein sächsisches Gericht der Anregung des Stadtrats folgen, so wäre in Sachsen wieder ein neues Feld amtlicher Sozialistenverfolgung entdeckt.

Abermals hat Bremen die Ausweisung eines Ausländers verfügt. Nachdem erst kürzlich der Arbeiter Steiner, der Mitglied einer Lohnkommission war, ausgewiesen wurde, weil er sich „lästig“ gemacht, ist nun auch der Maurer Sobota diesem Schicksal verfallen. Sobota war Mitglied der Lohnkommission der Bremerhavener Maurer und sollte als solches Arbeitswillige bedroht haben. Er sah mit zwei anderen Genossen, die desselben Vergehens beschuldigt waren, seit dem 4. Juni in Untersuchungshaft.

Der Anklage wurde durch die Zeugenaussagen (unter den Entlastungszeugen befanden sich ein Maurermeister und ein Bauführer) der Boden völlig entzogen. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt drei und zwei Monate Gefängnis, das Gericht erkannte aber auf Freisprechung. „Bedroht“ war nämlich nur ein Arbeitswilliger worden, der von dem Streikkomitee wohl das Heißgelb genommen, aber ruhig weiter gearbeitet hatte. Das war eklatanter Betrug, und das Gericht erkannte an, daß die Angeklagten wohl berechtigt waren, dem betreffenden mit polizeilicher Anzeige zu „drohen“. Bei der Vernehmung fragte der Staatsanwalt den Angeklagten Sobota, ob er (S.) schon ausgewiesen sei. „Noch nicht!“ antwortete derselbe in Vorahnung dessen, was wohl folgen würde. Und weiter äußerte sich der Staatsanwalt:

Es ist übrigens charakteristisch, daß alle drei Angeklagten, die die Führer des Streiks gewesen seien, noch in sehr jugendlichem Alter seien, und zudem sei Sobota, der die Seele des Streiks gewesen und kaum 26 Jahre zähle, Ausländer, sei hier kaum warm geworden und hätte sich einem solchen und verwerflichen Ehrgeiz hingegeben und sich dadurch lästig gemacht. Wovon sich die Folgen wohl in nächster Zeit zeigen würden.

Und die Folgen kamen bald. Am nächsten Tage erhielt Sobota die Ordre, innerhalb 48 Stunden das bremische Staatsgebiet zu verlassen. Was hat nun Sobota schlimmes gesehen, daß er ausgewiesen wird? Er hat den Streik der Maurer geleitet, der vollkommen gescheitert verlaufen ist. Gerade er ist es gewesen, der in den Versammlungen stets zur Ruhe und Geheißmäßigkeit aufgefordert hat. Trotz seines Freispruchs die Ausweisung. Nicht durch Ausschreitungen, sondern durch die gescheiterte Ausübung des Koalitionsrechts hat er sich „lästig“ gemacht!

Der Vorwärts bringt aus der Feder seines Wiener Korrespondenten eine Schilderung der gegenwärtigen Situation in Oesterreich in der es nach Erörterung der von Lueger und seinem Trabanten Strohsch gegen die Wiener Arbeiter verübten gemeinen Beschimpfungen weiter heißt:

Herr Lueger genießt seit zwanzig Jahren in Wien volle Schimpfreiheit. Er hat Minister heruntergerissen, die Richter nennt er Spitzhaken, die Armees war ihm das Reichswehrmilitär; nichts ist im Staate, von oben bis unten, was der Wiener Demagog nicht schon in dem Axt geserrt hätte. Da sich die Leute das gefallen ließen, hatte Herr Lueger vielleicht recht. Aber die Arbeiter lassen sich das eben nicht gefallen, und Herr Lueger kann heute das lästlich die Straße nicht anders betreten, denn unter Polizeibedeckung. Seit vier Wochen hat die Wiener Polizei keine andere Aufgabe, als die Hauptplätze der Antisemiten vor Ausbrüchen der Verachtung zu schützen, die ihr Handreich gegen Reich und Verbannt bei den Arbeitern erzeugt hat. Ein Bürgermeister unter Polizeischutz: das ist doch wirklich ein Stempel vor Europa. Der einst vergötterte Liebling der Wiener, „unser Karl“, wie man ihn nannte, ist heute bei den Arbeitern der gehässige und verachtete Mensch. Es ist keine politische Gegnerschaft mehr, es ist persönlicher Haß, wie ihn eben nur persönliche Beleidigungen hervorbringen können.

Die Regierung sieht der Bewegung vollständig ruhig gegenüber. Nicht als ob sie weniger von der Verwerflichkeit dieser Maßnahmen überzeugt wäre als etwa die Sozialdemokraten; die Unmöglichkeit dieses behördlichen Vorgehens auch vom rein staatlichen Gesichtspunkte drängt sich vielmehr zehemenn auf. Aber die Regierung findet nicht den Mut, gegenüber Herrn Lueger kein zu sagen. Herr Lueger ist groß geworden durch Terrorismus und die Regierung kann nicht sich einfach vor seiner Frechheit und Unverschämtheit nicht als ob es für sie wirklich gefährlich wäre, das Luegerische Machwort in der Republik zu lassen. Herr Lueger ist heute im Parlamente der reine Terror; trotz seiner Gefährlichkeit vermag seine Partei nichts anderes, als hinter der ersten Opposition, den Demokraten und

den Sozialdemokraten, nachzutreten. Und in Wien selbst vermag Herr Lueger nichts mehr auszurichten; daß die Christlich-Sozialen etwa wegen der Nichtanerkennung der Wahlreform eine Bewegung hervorrufen könnten, wie seiner Zeit wegen der Nichtbestätigung Luegers als Bürgermeister, glaubt nun selbst der Einfältigste nicht; der Unterschied zwischen damals und jetzt ist einfach der, daß Herr Lueger damals im Rechte war, jetzt aber im Unrechte ist. Freilich seit damals ist Herr Lueger „hoffähig“ geworden. Er ist die Hoffnung aller klerikalen Kreise, der Abgott der feudalen Aristokratie, der Schlingel der Pfaffen aller Grade. Herr Lueger gilt als das edelste „Schwarzgelb“, als der Muster- und Ueberpatriot — denn Patriotismus ist in Oesterreich nur Byzantinismus — und deshalb gilt ein Schlag gegen ihn als ein Schlag gegen „Oesterreich“. Aber klar ist nun die Situation: Die Wahlreform ist von den Arbeitern so gründlich zerfehrt worden, daß kein Mensch sie mehr zu vertheidigen wagt. Sie ist gerichtet; und wenn die Regierung dennoch schwankt, das entscheidende Wort zu sprechen, so ist nur Furcht vor dem Popanz Lueger die Ursache.

Material zur Zuchtshausvorlage.

Die Denkschrift.

Das Hamburger Echo schreibt: Die Fülle der Unwahrheiten in der Denkschrift zur Zuchtshausvorlage ist so groß, daß immer noch neue Fälle nachgewiesen werden können, in denen die Mitarbeiter, die dem Verfasser der Denkschrift als Quelle dienten, es mit der Wahrheit nicht genau genommen haben.

Auf Seite 17 der Denkschrift wird u. a. folgendes erzählt: „Durch die Geschäftigkeit des Vorbringens zeichneten sich während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks mehrfach die gegen die Arbeitgeber erhobenen Beschuldigungen aus; als Beispiel mag die in einer Versammlung der Schauerleute vom 21. Dezember 1896 aufgestellte Behauptung genannt werden, daß die Arbeiter die zugeworfenen Handwerksburschen mit falschen Fünfmarscheinen bezahlt hätten.“

Diese Darstellung in der Denkschrift ist völlig unwahr. Der wahrheitsgemäße Sachverhalt ist der folgende: In der fraglichen Versammlung wurde die erweislich wahre Thatsache mitgeteilt, daß sich beim Streikkomitee von Agenten hierhergelockte Arbeitswillige eingefunden hätten, die falsche Fünfmarscheine, sogenannte „Blüten“, vorlegten mit dem Bemerkten, daß sie sie von gewissenlosen Agenten in die Hand gesteckt bekommen hätten. Das Streikkomitee habe die Leute an die Polizei verwiesen.

Mit dieser wahrheitsgemäßen Sachlage vergleiche man nun die unwahre Darstellung der Denkschrift, die von den Mitarbeitern in Hamburg geliefert worden ist. Nicht um gefälschte Beschuldigungen der Streikenden gegen die Arbeitgeber handelt es sich, nicht um die Behauptung Streikender, daß die Arbeiter die zugeworfenen Handwerksburschen mit falschen Fünfmarscheinen bezahlt hätten“ (das alles ist völlig aus der Luft gegriffen), sondern um die Mitteilung der erweislich wahren Thatsache, daß hierher gelockte Arbeitswillige dem Streikkomitee gegenüber behauptet haben, von den gewissenlosen Agenten, die sich mit der Herbeischaffung Arbeitswilliger beschäftigten, was auch der hamburgischen Polizei bekannt sein dürfte, falsche Fünfmarscheine erhalten zu haben.

Soziale Bewegung.

Inland.

In Pr.-Holland (Ostpreußen) sind in der Stuhl-Fabrik von Delschläger u. Co. Lohnunterschiede ausgebrochen.

Die Aussperrung der Leipziger Formier dürfte den Unternehmern doch noch recht unangenehm werden. Formier finden die Leipziger Unternehmer nicht genügend, um die Bestellungen bewältigen zu können. Die Modelle aber, die auswärts gesandt werden, kommen vielfach zurück, weil die Formier selbst in den kleinsten Städten Solidaritätsgefühl genug besitzen, die Leipziger Arbeit zurückzuweisen. So wird jetzt wieder aus Verdau gemeldet, daß der Streik der Formier in der Gießerei von Paul in Leubnitz heendet ist, nachdem der Fabrikant sämtliche Modelle wieder nach Leipzig zurückgeschickt hat.

Die Krawalle der polnischen Bergleute in Herne haben den Gewerksverein christlicher Bergleute veranlaßt, endlich dem alten Verband der deutschen Bergarbeiter die Hand zu einem gemeinsamen Vorgehen in Verunsicherungen zu bieten. Dies wird in Beziehung auf die demnächst vorzunehmende Gewerkschaftsvorstände geschehen. Jede der beiden Organisationen schlägt die Hälfte der Kandidaten vor; ferner ist ein gemeinsamer Aufruf der beiden Organisationen erlassen. Fährt man auf diesem Wege fort, dann und nur dann wird sich der deutsche Bergmann den Forderungen gegenüber eine ähnlich sichere Position schaffen, wie sie der englische Bergmann seit langer Zeit schon besitzt.

Die Polizei in Zwickau und der Maurerstreik.

Die Polizei hat eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung verboten, die sich mit dem Maurerstreik und dem Verhalten der Polizei zu diesem Streik beschäftigen sollte. Das Verbot erfolgte aus folgenden Erwägungen:

Der Maurerstreik ist eine Angelegenheit, die lediglich (!) die Beteiligten des Maurerhandwerks angeht. Man kann daher (!) nicht annehmen, daß eine allgemeine Arbeiterversammlung ein berechtigtes Interesse (!) an dem Ausgange einer einzelnen Gewerkschaft habe, zumal von einem Fortbestehen dieses Ausganges kaum noch ernstlich die Rede sein kann. (!) Versammlungen sind anzuordnen, wenn (!) das Interesse der Allgemeinheit für den im Entstehen begriffenen Streit dienen und solche Anträge demnach sein.

Es kann auch ferner die Stellung der Behörden in dieser Angelegenheit nicht Gegenstand einer Verhandlung in einer allgemeinen öffentlichen Versammlung sein; es steht vielmehr den Behörden frei, einzelne Wünsche oder Beschwerden bei der zuständigen Behörde schriftlich oder mündlich zum Ausdruck zu bringen. Nach weniger kann den Gewerkschaften ein Recht zuerkannt werden, Stellung zu der Haltung der Behörden zu nehmen.

Nach Lage der Sache ist überdies zu bemerken, daß die Versammlung auch in einer Formwidrigkeit von Anordnungen der Polizei hätte sein soll, zumal ferner der Straßengang bereits verboten ist, da die Versammlung der Behörde gegen die gegenwärtigen Anordnungen zu verstoßen würde.

Demnach ist die Annahme nahelegend, daß die angezeigte Versammlung zu Zwickau gegen §§ 5 und 12 des L. O. Gesetzes verboten ist. Die Versammlung wurde am 21. Juni 1893 verboten. Die öffentliche Versammlung auch nur mit einem Worte zu gestatten, würde deren Wirkung nur abkürzen.

Streikposten und Dresdener Polizei. Die Dresdener Caplane, die bisher nur des Nachts mit mehreren Streikposten besetzt waren, tragen jetzt auch am Tage

solche. Wie die Sächsische Arbeiter-Zeitung mitteilt, sind vor den Bauten so starke Aufgebote von Schutzleuten zu beobachten, daß man sich unter den Belagerungszustand verhalten muß. Die Polizei beschränkt sich jetzt auch schon nicht mehr auf das bloße Zusehen. Von vielen Bauten sind sämtliche Streikposten verwiesen und aufnotiert worden. Die Streikenden machen sich allerlei Gedanken über den politischen Auspruch, daß die Verwaltungsbehörden in Streikangelegenheiten die unparteilichsten Stellen seien.

Das Königreich Sachsen zählt an zur Einkommensteuer eingeschätzten Personen: 1 400 000. Mehr als 100 000 Mark Einkommen haben 400. „ „ 10 000 „ „ „ 11 000. „ „ 3 000 „ „ „ 100 000. Unter „ 3 000 „ „ „ also 1 300 000.

Für Zwangs-Zunungen ist auch im Königreich Sachsen keine große Begeisterung bei der Durchführung des neuen Handwerkerorganisationsgesetzes unter den Zünftlern hervorgetreten. Im Königreich Sachsen sind insgesamt 162 Zwangs-Zunungen entstanden, während sich 707 Zunungen als freie Zunungen organisiert haben. Unter den 162 Zwangs-Zunungen befinden sich 28 Neubildungen von Zunungen. Die Zahl der reinen Fach-Zunungen beläuft sich auf 128, während 34 Zunungen verwandte Handwerkszweige umfassen. Die meisten Zwangsfach-Zunungen finden sich im Badergewerbe (37), dann folgen die Schneider (21), Schuhmacher (18), Tischler (12), Schlosser (7), Klempner und Schmiede (je 5). Die übrigen Gewerbe sind nur vereinzelt vertreten. Aufgelöst haben sich nach dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1897 insgesamt 69 Zunungen.

Soldaten als Konkurrenten der Kellner.

Sonntags und Sonntag fand in Göttingen ein größeres Bundes-Sängerfest statt, bei dem nach den Berichten dortiger Blätter die Soldaten sog. „Arbeitswilligen dienste“ verrichten mußten. So berichtet zum Beispiel das Göttinger Tageblatt:

Das Feste am Abend wäre beinahe durch einen Streik der von auswärts engagierten Kellner in die Brüche gegangen. Soweit wir erfahren konnten, waren die Leute nicht mit dem Modus der Trinkgeldverteilung zufrieden und gingen infolge dessen ihrer Wege. Als Retter in der Not trat Herr Oberst v. Voigts-Mehg auf, indem er erlaubte, daß eine Anzahl Soldaten die Kellnerdienste übernehmen. Den Schluß des zweiten Tages machte ein Kommerz im Kolosseum. Die Praxer, Soldaten einspringen zu lassen, wo die Dienste der Arbeiter aus irgend einem Grunde versagen, ist im Reichstage sehr oft gerügt worden.

Der Landbote.

Die Beschäftigung der Schulkinder.

Damit die Kinder sich von den Anstrengungen des Unterrichts erholen, sind die Ferien eingeführt. Auf dem Lande war es schon seit langem üblich, die Kinder während der Ferien im verstärkten Maße zur Arbeit heranzuziehen. Jetzt sind nach einem Königsberger Blatte auf den verschiedenen Besitzungen in der Nähe der Stadt Kinder in großer Zahl mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt, ferner auch in großen Gärtnereien und Baum-schulen. Man giebt ihnen 30 Pfennig pro Tag und Beschäftigung.

Auf dem Acker des Herrn Ziegeleibesitzers Wille in Dessau arbeiten zur Zeit eine große Anzahl Schulkinder, um Schoten zu pflücken, Ribben zu hacken u. dergl. Die Kinder arbeiten von morgens 6 bis abends 7, ausschließlich der Pausen also 11 Stunden, und erhalten dafür pro Stunde 8 Pfennig.

Zur selben Zeit, da diese Kinder der Armen statt Ferienerholung zu genießen sich so in schwerer Zwangs-bethätigung vom frühen Morgen bis späten Abend abplacken müssen, können die Kinder der Wohlhabenderen sich wenigstens freien Spiels erfreuen, morgens ordentlich auschlafen und so an den Ferien wirkliche Freude haben. Die Kinder der Reichen aber weilen zur selben Zeit im Gebirge, an der See, in Wald und Feld, um sich zu kräftigen und schon recht früh zu dem Bewußtsein zu kommen, daß sie später als Herren und Herrinnen vor allem zu genießen berufen sind.

Was haben die Kinder der Armen verbrochen, daß sie so zurückgekehrt sind?

Ein feiner Mensch der Herr Verwalter.

Die Steigerstochter Marie Anna M. von Borna stand vor dem Leipziger Landgericht wegen Erpressung angeklagt. Auf dem Gute ihres Schwagers, des Gut- und Ziegeleibesitzers H. in Morditz bei Borna war der Verwalter Ernst Knauth thätig. Obgleich verheiratet, handelte er mit der M. an, und die Folge war, daß die M. sich bald als Mutter fühlte. K. machte von dort im Februar d. Jz. fort und wandte sich nach Dresden. Als die Schwangerschaft weiter fortgeschritten war, wandte sich die M. am 19. Mai brieflich an K. und forderte ihn auf, ihr 1000 Mark zu senden, damit sie ihre Niederkunft in aller Stille und unauffällig in irgend einer Pension abwarten könne. Dieser Forderung fügte sie hinzu, daß, wenn er ihr das Geld nicht schicke, sie es seinem Schwiegervater und seinem Schwager sagen werde. Der galante Verwalter sandte jedoch nicht die verlangten Moneten, sondern ging zum Staatsanwalt und denunzierte die M. wegen verächtlicher Erpressung. Das Gericht nahm jedoch an, daß die M. sich der Tragweite der Worte im strafrechtlichen Sinne nicht bewußt gewesen sei und erkannte auf Freisprechung. — Feiner Mensch, dieser Herr Verwalter, der erst ein Mädchen verführt und sich dann weigert, für die Kosten aufzukommen.

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der Kaufmann Erich Kienischer aus Bernburg, geboren 1877, verheiratet, hatte in der Zeit vom 10. Januar bis zum 1. März 1898 Stellung als Buchhalter bei dem Kaufmann Wiens hier und faßt ihm aus dem verschlossenen Schreibtische, den er mit einem falschen Schlüssel öffnete, eine goldene Uhr, die er bei einem Flandischer verlegte. Demnach unterlag Kienischer seinem Prinzipal 13 Mark Mietzinsen,

die er von einer Hausbewohnerin zur Ablieferung empfangen hatte. Der Angeklagte wurde wegen schweren Diebstahls und Unterschlagung zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Kutcher Fritz Giese zu Sudenburg, geboren 1882, diente bei der Firma Senke und Schneider, hier, Gustav Adolfstraße 34, und stahl dort im Mai d. J. dem Kutcher Schleifener aus dem verschlossenen Koffer in der gemeinschaftlichen Bodenkommer, den er mit einem falschen Schlüssel öffnete, 4 Mark. Den Angeklagten trafen wegen schweren Diebstahls 2 Monate Gefängnis.

Der Kaufmann Ernst Klobbe in Burg, geboren 1845, war zweiter Geschäftsführer des dortigen Konsumvereins. Als der Lagerhalter Kupay auswich, wurde am 18. August 1898 vom Lager 3 eine Inventur aufgenommen, um das Lager dem neuen Lagerhalter Deich danach zu übergeben. Es stellte sich heraus, daß Kupay weiße Federn zum Einkaufspreis von 2 Mark verkauft hatte und daß dies auf ein Versehen des Klobbe zurückzuführen war. Kupay hatte dadurch einen Schaden von 1250 Mark erlitten. Um ihn deswegen zu entschuldigen und Unannehmlichkeiten durch den Vorfall aus dem Wege zu gehen, fälschte Klobbe die bereits abgeschlossene Inventur in der Weise, daß er die vorhandenen 14,9 Meter Kleiderzeug zum Preise von 112 1/2 Pf. pro Meter in 24,9 Meter umänderte, wodurch Deich benachteiligt wurde. Klobbe erhielt wegen schwerer Urkundenfälschung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände 10 Tage Gefängnis.

Die Arbeiter Otto Hiller, geboren 1880, und Karl Menz, geboren 1880, zu Budau, erregten am 11. Mai d. J. abends um 11 Uhr in der Schönheiderstraße durch lautes Singen und Pfeifen Ruhestörungen in der Gegend und wurden dabei vom Schutzmann Silberbach abgefaßt. Als sie sich weigerten, ihre Personalien anzugeben, wurden sie festgenommen. Menz verurteilte auszurücken und wurde deshalb von dem Beamten geführt, widerlegte sich aber auf dem Transporte und leistete Widerstand. Nunmehr drang Hiller gemeinschaftlich mit dem Mannmacher Robert Meier aus Linden, geboren 1879, auf den Schutzmann ein und stieß ihn mit der Faust vor die Brust, während Meier ihn mit einem Regenschirm auf den Helm schlug. Dadurch veranlaßte sie den Schutzmann, Menz loszulassen, der dann weg lief. Schließlich wurde Hiller abgeführt und leistete ebenfalls Widerstand. Wegen dieser Straftaten lautete das Urteil gegen Hiller auf 6 Mark Geldstrafe und 3 Monate 1 Woche Gefängnis, gegen Menz auf 6 Mark Geldstrafe und 3 Wochen Gefängnis, gegen Meier auf 3 Monate Gefängnis.

Der bereits vorbestrafte Reisende Andreas Fischer hier, geboren 1863, war vom 15. Januar 1896 ab bis zum Februar d. J. in Stellung bei den Inhabern der Firma W. Wittig u. Comp. Nachfolger, Kaufmann Semble und Schneider, für die er Spirituosen, Wein und Cigarren vertrieb und die ihm Zinsfußvollmacht erteilt hatten. Er bezog monatlich 75 Mark, später 100 Mark Gehalt und hatte in der Stadt täglich 5 Mark, auswärtig bis in Höhe von 15 Mark Vertrauensspeise. Außerdem hatte er 2 Prozent, 1 Prozent und 1/2 Prozent Umsatzprovision. In den letzten beiden Jahren soll er, trotzdem er verheiratet war, ein wüßtes Leben geführt haben, so daß sein Einkommen nicht hinreichte, um seine Ausgaben zu decken. Daher veruntreute er von den Geldern, die er von den Kunden vereinnahmte, nach und nach insgesamt 8281,25 Mark, die er für sich verbrauchte. Um seine Tat zu verdecken und sich in seiner Stellung zu halten, fälschte er die Reisesbücher der Firma, die später erhebliche Kosten dafür aufwenden mußte, die Veruntreuungen auszu decken. Der Einwand des Angeklagten, er habe die unterzeichneten Beträge sämtlich im Interesse des Geschäfts aufgewendet, da er mit den ihm gewährten Speise nicht habe auskommen können und er sei von den beiden Prinzipalern fortwährend getreten, mehr Aufträge zu bringen und neue Kunden anzuwerben, fand durch die Beweisführung keine Bestätigung. Seine häuslichen Verhältnisse sollen überaus traurig gewesen sein. Von der ersten Frau wurde Fischer wegen Ehebruchs geschieden und für den allein schuldigen Teil erklärt. Im Jahre 1893 verheiratete er sich wieder, lebte aber auch in dieser Ehe nicht glücklich. Er führte in allen möglichen Stellungen ein bewegtes Leben, und nach der Bekundung von Zeugen mußte die Frau scheitern, um für sich und ein Kind den Lebensunterhalt zu erwerben. Fischer gab ihr wöchentlich nur 3 bis 4 Mark. Das übrige Geld behielt er für sich selbst und suchte auch einmal einen Zeugen anzuwerben, mit der Frau ein intimes Verhältnis einzugehen, damit er Grund zur Ehescheidung habe und gar nichts zu zahlen brauche. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Untreue im Verein mit Unterschlagung und Betrug zu drei Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Auf die erlassene Strafe wurden 3 Monate von der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Kritik eines gerichtlichen Urteils. Das Landgericht Halle a. S. hat am 2. Mai unseren Genossen Medakteur Swienty wegen Beleidigung der Strafammer des Magdeburger Landgerichts zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Magdeburger Strafammer hatte den Medakteur der Magdeburger Volksstimme, Genossen Müller, wegen Beleidigung des Kaisers und des Prinzen Titel Fritz u. zu 4 Jahren 2 Monaten Gefängnis verurteilt und über die ungewöhnliche Höhe dieser Strafe sprach sich ein von dem Angeklagten Swienty veröffentlichter Artikel des weiteren aus. Das Landgericht Halle hat angenommen, daß er durch die von dem Angeklagten befehlte Bezeichnung des Urteils und durch den Vorwurf der Parteilichkeit das Magdeburger Gericht beleidigt habe. — Die Revision des Angeklagten führte insbesondere darüber Beschwerde, daß nicht die Mitglieder der betreffenden Magdeburger Strafammer als Zeugen vernommen sind. Wenn sich herausgestellt hätte, daß nicht alle fünf Richter für die hohe Strafe gestimmt haben, so würde man nicht haben sagen können, daß er, der Angeklagte, die ganze Strafammer beleidigt habe. — Das Reichsgericht verwarf die Revision. Die Abstimmung des Gerichtshofes über das Strafmaß sei ein innerer dienstlicher Vorgang, über den kein Beweis erhoben werden könne. Nach komme für den Angeklagten gar nichts darauf an, da der Richter mit der Unterschrift des Urteils sich zum Träger desselben mache. —

Kleine Chronik.

Ein Duell. Am vergangenen Mittwoch fand in den Schießständen bei Dellbrück zwischen einem Studenten aus Hannover und einem bairischen Reserve-Oberstlieutenant statt. Ersterer erhielt einen Schuß in die Brust.

Die „ausgeklügelte“ Ministerial-Verfügung. Die jüngste Ministerial-Verfügung, betreffend das Zuchtpolizei-Gesetz der Volksschullehrer, hat in dem Dorfe B. des Kreises Ortelburg zu einer heftigen Straßenszene Veranlassung gegeben. Dort wurde auf Anordnung des Gemeindevorstehers in ordischlicher Weise mittels Ausflügelns durch den Gemeindevorsteher zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Lehrer ferner nicht mehr das Recht habe, die Schüler zu prügeln oder „unanständig“ zu behandeln. Glückliche Kinder!

Das Mittel hat geholfen. Da die Mannheimer Bäderinnung trotz Aufhebung des Detours auf Meß und Brot die früheren Brotpreise aufrecht erhielt, wurde in Mannheim eine Brotfabrik gegründet, die am 6. Juli ihren Betrieb eröffnete. Die Wirkung dieser Konkurrenz war wunderbar. Noch am gleichen Tage ging die Innung mit den Brotpreisen herunter. Sie verkaufte nun 1. Sorte Brot zu 54 Pf. pro 2 Kilogramm und 2. Sorte Brot zu 48 Pf. pro 2 Kilogramm.

Ein öffentlicher Skandal. Kürzlich wurde in Hamburg eine verheiratete Frau der sittenpolizeilichen Kontrolle unterstellt. Sie beantragte gerichtliche Entscheidung gegen eine Strafverfügung der Polizei und wurde vom Landgericht freigesprochen, weil das Gericht

der Ansicht war, die Maßnahme der Polizei der Frau gegenüber sei durchaus unbegründet. Auf die Revision des Oberstaatsanwalts hat das Hanseatische Oberlandesgericht jedoch das freisprechende Urteil aufgehoben und entschieden, daß die Polizei das ganz allgemeine Recht habe, Frauenpersonen unter Sittenkontrolle zu stellen, ohne daß den Betroffenen das Recht zustehe, gegen die Maßnahme der Polizei gerichtliche Entscheidung zu beantragen. Demnach ist ja die Frau der Frau der Willkür irgend eines „Sitten“politikers preisgegeben. Dieses Erkenntnis, seine Richtigkeit vorausgesetzt, verdient allgemein bekannt zu werden.

Ein abscheuliches Verbrechen, dem die zwar schreckliche, aber gerechte Strafe auf dem Fuße folgte, wurde in der Nähe von Gopping an einem Kinde begangen. An der in der Nähe des Kiliananwehens mit Grausamkeiten beschäftigten 13-jährigen Tochter Aloisia des Wasserbauarbeiters Rager wurde von einem herumziehenden Stromer, der schon den ganzen Nachmittag im dortigen Wirtshaus gezecht hatte, in Gegenwart ihrer beiden jüngeren Brüder ein Sittlichkeitsverbrechen begangen. Der von den weinenden Kindern bei seiner Heimkunft von dem Vorfall in Kenntnis gesetzte Vater setzte dem vertiereten Menschen sofort nach, holte ihn ein und wollte ihn festnehmen. Es kam zum Handgemenge, in welchem der Verbrecher den Rager mit den Worten: „Einer von uns muß hin werden!“ mit Umbringer bedrohte. Um sich des auf ihn eindringenden Menschen zu erwehren, zog Rager ein Messer, stieß damit zu und traf den Strochler an der Herz, daß er tot am Plage blieb. Der Getötete ist, sofern bei ihm vorgefundene Legitimationspapiere richtig sind, ein Wasserbauarbeiter Ignaz Oberleitner aus Oberbühlberg. Der Unmensch wurde nach geschickter gerichtlicher Feststellung des Thatbestandes in Oberwangan beerdigt. Rager wurde in Haft genommen, wird aber wohl bald wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da er zweifellos in Notwehr gehandelt hat.

Die Martern der Teufelsinsel.

Ueber das Unrecht, das Dreifus geschehen ist, haben die Revisionsbestrebungen allmählich auch den Mißtraulichsten aufgeklärt. Von den furchtbaren Leiden aber, die der unschuldig Verurteilte unter dem Namen der Bestrafung zu erdulden hatte, hat man bisher noch fast nichts gewußt, weil er allein außer seinen Kerkermeistern sie kannte. Die folgenden Einzelheiten, die Georges Clemenceau in der Aurore mitteilt, haben einen fast urkundlichen Wert, weil sie offenbar auf den Angaben der Familie beruhen und somit aus der besten Quelle schöpfen konnten, nämlich aus den Worten des Hauptmanns Dreifus selber.

Das Unrecht, die Vergewaltigung begann schon mit der Eröffnung des Verfahrens gegen ihn, das ihn wegen Hochverrats vor Gericht stellte. Selbst wenn Dreifus der Verfasser des Vordereaus war, so durfte die Anklage nur auf Spionage lauten, ein Verbrechen, das im höchsten Falle mit 5 Jahren Deportation bestraft wird. Dreifus hat damals, trotzdem schon aus der Fassung der Anklage sich sonnenklar ergab, daß seine Gegner ihn verderben wollten, seinem Verteidiger Demange nicht erlaubt, dagegen zu protestieren. Ein rechtlicher Einwand dieser Art wäre seinem empfindlichen Ehrgefühl als ein Anzeichen von Schuldbewußtsein erschienen. Er meinte, man könne vermuten, es komme ihm darauf an, das Strafmaß zu verkürzen. Darum stellte er sich der juristisch falschen Anklage eines erdichteten Verbrechens, ließ ein Urteil über sich ergehen, das formell ebenso falsch war wie sachlich, und trat die Strafe an. Und diese Strafe, so furchtbar sie an sich schon war, sie wurde ihm von dem damaligen Kolonialminister, dem „Folterer“ Lebou, noch fürchterlicher gemacht.

Allein das Leben schon in diesem Klima ist eine Hölle. Dieser Sonnenglut, den giftigen Ausdünstungen des tropischen Bodens erliegt die robusteste Gesundheit. Die französischen Beamten der Kolonie, die doch mit allen erreichbaren hygienischen Mitteln sich schützen, müssen alle zwei Jahre auf sechs Monate nach Europa zurückkehren. Und wenn ihre Gesundheit zerrüttet wird, wie sollte dann Dreifus am Leben bleiben, begraben wie er war in Einsamkeit, unter Wächtern, deren ingrinnigen Haß gegen ihn allein ihr furchtbares Stillschweigen verriet. Zwei, drei Jahre, nicht länger, rechnete man, konnte er bei aller Lebensfähigkeit standhalten. Und da er doch über lang oder kurz sterben mußte, so war man menschenfreundlich genug, ihm zur Abkürzung seiner Qual behilflich zu sein.

Wenn die Luft in seiner Hütte dem Gefangenen unerträglich wurde, ging er hinaus, um auf dem engen Raume, den seine Umgänzung ihm ließ, die stichend heiße Atmosphäre einzunehmen. In plötzlicher Ohnmacht fiel er oft wie von einem Faustschlag getroffen zu Boden. Dann liefen die Wärter herbei in der Hoffnung, es sei nun endlich einmal aus mit ihm. Aber er enttäuschte sie stets, er wollte nicht sterben. Man packte ihn an Kopf und Füßen und warf ihn auf seine Britsche. Nach einiger Zeit erhobte er sich und am nächsten Tage passierte das Gleiche. Manchmal phantasierte er, eine tödliche Starrheit lähmte die Glieder. Man dachte: „Nun ist es aus.“ Aber es war nicht aus! Eigenförmig hielt das Leben sich in dem mißhandelten Körper, es hielt Stand, während die Gefangenewärter um ihn zu Grunde gingen; sie verschwanden aus seinen Augen, wohin mußte er nicht, aber er konnte es ahnen, und ihr Schicksal zeigte ihm, was er zu erwarten hatte.

Dazu das beständige Fieber und die Beschwerden, die das übermäßig dagegen angewandte Chinin hervorrief. Zwischen Krankheit und Ohnmacht schwankte dieses Leben so fort, daß in seiner Würzel außerdem noch von der fortschreitenden Blutarmut bedroht wurde. In jedem heißen Klima wird der Mensch blutarm, hier aber kamen die Gemütsleiden hinzu, die den Körper aufzehren, und der Mangel an Nahrung. Die Konserven, die Dreifus sich von Cayenne kommen ließ, wurden ihm entzogen. Seine Migration wurde ihm genommen. Man reichte ihm ekelhafte Speisen, die der Magen zurückwies, und glaubte, so mit diesem armen Leib, der so gar nicht sterben wollte, fertig werden zu können. Aber er starb dennoch nicht!

Hervorragendes leistete die Phantastie der Henter — dieser Ausdruck wird nicht zu stark scheinen — in Erfinden von moralischen Qualen. Zunächst hatte man die Erfindung gemacht, ihm nur Kopien der Briefe seiner Familie zu geben, und zwar mit Uebersetzungen und Züßen. Nicht einmal sehen durfte Dreifus die Schriftzüge der Seintage. Aber man fand, daß all das noch nicht

genug sei, und so unterdrückte man einfach die ganze Korrespondenz Dreifus' mit seiner Familie und seinem Verteidiger. Dies war ein furchtbarer Schlag für ihn, daß er nicht mehr von seiner Frau und seinen Kindern hörte, brachte seine Vernunft ins Wanken. Und nun führte man auch den letzten Streich, der ihn vollends hinsterben sollte. Jemand fand sich, der zu ihm sagte: „Ihre Familie hat Sie aufgegeben!“ Diese Worte sind tatsächlich gesprochen worden.

Aber wie durch ein Wunder — wer kann denn ergründen, woher die menschliche Seele in ihrer höchsten Not Kraft und Zuversicht schöpft — blieb das Vertrauen, das der Verbannte in seine Familie setzte, unerschüttert, und er richtete sich hoch auf und schrie dem Hallunken, der ihm das sagte, ins Gesicht: „Sie lügen! Es ist nicht wahr! Sie lügen!“

Als man in Paris anfing, von der Revision zu sprechen, verdoppelte man auf der Teufelsinsel die Qualen. Warum diese plötzliche barbarische Behandlung über ihn verhängt wurde, vermochte sich der Unglückliche nicht zu erklären. Er schrieb an Boisdeffre, schrieb an Felix Faure. Gerade an die, die ihn vernichten wollten, wandte sich der unselige Mann. Und sie ließen ihm antworten, seine Familie habe unerlaubte Mittel für die Revision angewandt, ihr habe er daher dies neue Unglück zu danken. Und Dreifus glaubte es schließlich, wurde bitter gegen seinen Bruder und schrieb an Faure und Boisdeffre: „Ich lege meine Ehre in Ihre Hände und erwarte mein Heil von Ihnen.“ Als er sich auf dem „Sofa“ einschiffte, war er überzeugt, daß er selbst der Urheber der Revision sei, und daß er seinen Briefen an die beiden Genannten allein alles verdanke. Man muß es den anderslautenden parteiischen Versicherungen zum Trost immer noch wiederholen: Als Dreifus zurückkam, wußte er nichts, aber gar nichts von seiner ganzen Angelegenheit. Das erste Wort, das er zu seiner Frau sagte, war: „Du verstehst nichts, denn Du weißt von nichts!“ Die Vermine hielt ihn für irrsinnig.

Seine Bücher hatte man ihm nicht zu nehmen gewagt. Aber dafür wurde jede selbständige geistige Betätigung ihm verwehrt. Schrieb er eine Zeile nieder, nur zur Übung, um seinen Verstand nicht gänzlich zusammenbrechen zu lassen, so war auch schon der Wärter da und entriß ihm den Fegen Papier. Aus Verzweiflung kam Dreifus schließlich dahin, bloß mechanisch abzuschreiben. Er kopierte ganze Kapitel aus seinen Büchern, bloß um nicht verrückt zu werden. Jedes einzelne von ihm beschriebene Blatt wurde weggenommen, nach Paris geschickt und dort genau durchsucht, in der Hoffnung, man könne daraus eine Waffe gegen den Gefangenen schmieden. Nur um Zola, von dessen Tätigkeit für ihn Dreifus natürlich keine Ahnung hatte, gegen den Gefangenen zu erbittern, veröffentlichte man den Auszug aus einem Buche, das gegen Zola gerichtet und von Dreifus abgeschrieben worden war!

Zum Schluß kommt Clemenceau abermals auf den Kolonialminister Lebou zu sprechen, der alle diese Barbareien und Feigheiten durch eine noch größere Feigheit und Barbareie überbot. „Auf immer hat Lebou seinen Namen dadurch entehrt, daß er, zitternd vor Furcht, dem Gequälten, der mit dem Tode rang, die letzte Marter zuschlug. Du Pathy de Clam hatte einen gefälschten Brief ans Kolonialministerium gerichtet, in der Hoffnung, daß Dreifus infolge dieses Briefes einem noch strengeren Regime unterworfen werden würde. Denn für du Pathy de Clam, wie für die Anderen, war es nötig, daß der Verurteilte starb. Die Libra Parole drohte, sprach von Fluchtversuchen. Der Kolonialminister Lebou begann zu zittern, und um die Angriffe der Antisemiten von sich abzuwenden, gab er den Befehl Dreifus in Ketten zu legen. Nachdem man in Guyana die Depesche des Kolonialminister erhalten hatte, wurde das Feuer in der kleinen Schmiede der Teufelsinsel angezündet und man bereitete sich, wohl oder übel die Folterinstrumente zu fabrizieren. Eher übel als wohl. Vom ersten Tage an zerriß das Fleisch an den Fußknöcheln, die durch den Druck der eisernen Fesseln angeschwollen waren. Eine Wunde bildete sich, bald trat eine heftige Entzündung dazu, Fäulnis-Erscheinungen zeigten sich. Sollte man wegen solcher Kleinigkeiten die Tortur einstellen? Niemand kam diese Idee. Der Verwundete klagte nicht, streckte mit stoischem Gleichmut seine blutenden Füße den Hentern entgegen und bat nur, man solle ihm doch wenigstens sagen, weshalb man diese neue Strafe über ihn verhängte! Keine Antwort! Das dauerte zwei Monate. Am Morgen wurden die Fesseln abgenommen, am Abend wurden die Eisen wieder auf die blutenden Wunden gelegt. Während dieser Zeit las der Minister Lebou aufmerksam die antisemitische Presse und konstatierte mit Befriedigung, daß man ihn nicht angriff.“

„Das hat sich“, schließt Clemenceau, „am Ende des neunzehnten Jahrhunderts in der französischen Republik ereignet!“

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hauptmanns „Versunkene Glocke“ wird auch von dem Pianisten Walter Meyrowitz zu einer Oper mit dem Titel „Rautendelcin“ verarbeitet. Der Text ist wörtlich dem Märchenpiel entnommen. Anfang Oktober soll die Partitur vollendet sein.

Die von Sebastian Bach gespielte Orgel der alten Johanniskirche in Leipzig, die beim Neubau der Kirche entfernt werden mußte, soll jetzt verkauft werden. Sie wurde von dem Leipziger Orgelbauer Joh. Scheide gebaut und 1744 durch Bach eingeweiht, der sie bis in seine letzten Lebensjahre spielte.

Ein internationaler Kongreß für ärztliche Standesinteressen wird während der Weltausstellung zu Paris abgehalten werden.

Karl Meusel will in England und auf dem Festlande eine Reihe von Vorträgen über seine Erlebnisse in der Gefangenschaft beim Schahien halten.

Zur Erforschung des Südpols hat die englische Regierung eine Beihilfe von 900 000 Mark der Royal Society zugesagt, für den Fall, daß das Parlament damit einverstanden ist und eine ebenso große Summe auch auf anderem Wege beschafft wird.

Ein nationales physikalisches Laboratorium soll in Richmond in England errichtet werden. Das Institut wird hauptsächlich der Prüfung empfindlicher physikalischer Apparate, sowie der Feststellung von Massen und Zahlengrößen, die für wissenschaftliche und industrielle Zwecke von besonderer Wichtigkeit sind, dienen.

Weiteres.

Sein Maßstab. Milliardär (auf einem Bierpänner): „Eigentlich sind die Glücksgüter sehr ungerecht verteilt, das muß ich selber sagen. Ich fahre hier mit einem Gespann spazieren, das seine fünfhundert Pfund Sterling gekostet hat, und da gehen Leute zu Fuß, die keine hundert Mark für Omnibus in der Tasche haben!“

Eine Heldenthat. Junge Dame: „O Arthur, wärest Du imstande, eine Heldenthat zu vollbringen, um mir Deine Liebe zu beweisen, wie es die Ritter thaten?“ Junger Mann: „Aber Lieschen, das thue ich ja jetzt schon, ich trage doch täglich der zu Fuß, die keine hundert Mark für Omnibus in der Tasche haben!“ (Lust. Bl.)

Stadtväterliche Weisheit. Die Väter der französischen Stadt Rochefort, eifrig bemüht, ihren geliebten Unterthanen Ruhe zu verschaffen und zugleich der Moralität zu dienen, haben folgenden Ulas an den Straßenecken an schlagen lassen:

1. Es ist verboten, Hunde nach 10 Uhr abends frei herumlaufen zu lassen.
 2. Es ist verboten, daß Hunde unter einander oder mit anderen Tieren in Kämpfe geraten.
 3. Besitzer von Hündinnen müssen diese eingesperrt halten, weil dadurch die Hunde zu Ansammlungen und Lärm aufgereizt werden.
- Damit ist der Gipfel der Sittlichkeit erstiegen worden.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonnabend, den 8. Juli, fand im „Bürgerhaus“ die Monatsversammlung der **Handschuhmacher** statt. Die schon einige Versammlungen vorher, so war auch diese Versammlung wieder schlecht besucht. Es ist kaum zu glauben, wie interesselos ein großer Teil der Mitglieder ist; sie glauben, wenn sie ihre Beiträge entrichten, damit ihre Schuldigkeit getan zu haben. In den Versammlungen und am Bierisch wird geschimpft, aber in Versammlungen zu gehen, da hat man allerlei leere Ausreden; auch ist zu Vergnügen Zeit vorhanden. Dasselbe Gleichgültigkeit ist auch beim Feiern der Arbeiterpresse vorhanden. Es giebt noch verschiedene Mitglieder, die sich nicht bemühen, daß sie als organisierte Arbeiter auch die Arbeiterpresse zu lesen haben. Darum, Kollegen, ergeht an Euch die Arbeiterpresse vorzeitig diesen Indifferenzismus, trete ein in die Reihen der Streiter für das allgemeine Wohl, denn nur eine geschlossene Kasse kann sich bessere Verhältnisse schaffen. Der Anregung, die von der Generalkommission der Gewerkschaften ausgeht, öffentliche Gewerkschaftsversammlungen zum Protest gegen die Zuschlagsvorlage abzuhalten, wurde zugestimmt. Für die demnächst ansgesetzten Arbeiter wird auf unbestimmte Zeit wöchentlich pro Mitglied 15 Pfg. erhoben. Da im „Bürgerhaus“ Benlichkeiten vorgenommen werden, so findet die nächste Versammlung nicht dort statt. Das neue Vereinslokal wird rechtzeitig bekannt gemacht. Das 30jährige Vereins-Jubiläum findet am

Sonnabend, den 5. August, in der „Krone“, Moldenstraße, statt. Es wird jedem Mitgliede zur Pflicht gemacht, dort zu erscheinen.

Am Dienstag, den 4. Juli, hielten die Mitglieder des **Centralverbandes der Maurer Deutschlands** (Filiale Magdeburg) ihre regelmäßige Versammlung ab. Genosse Bosh hatte ein Referat vorgelesen, wurde aber durch eine andere Sache davon abgehalten. Die Versammlung diskutierte demzufolge über verschiedene gewerbliche Fragen. Kollege H. Gebel hatte seine Wiederwahl in den Vorstand beantragt. Der Antrag wurde angenommen. Sodann legte das Vergütungskomitee die Abrechnung vom letzten Verbandsvorgang vor. Ausgegeben sind 189.95 Mk., eingenommen sind 154.00; somit bleiben 35.95 Mk. Defizit. Hierfür wurde zur Fester des diesjährigen Stiftungsfestes ein Vergütungskomitee gewählt, welches die nötigen Vorbereitungen treffen soll. Thürhüter für die nächste Versammlung sind die Kollegen Karl Schröder, A. Bading.

Eine außerordentliche **Mitglieder-Versammlung der Schmiede** Magdeburgs fand am 8. Juli statt. Genosse Schmidt sprach über Darwinismus, Entstehung der Pflanzen, Tiere und Menschen. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Sodann erfolgte die Aufnahme neuer Mitglieder und die Entgegennahme von Beiträgen. Genosse Jule sprach sodann über den Streik der Schmiede. Redner ermahnte die Schmiede, auszuharren, um ihre gerechten Forderungen durchsetzen zu können. Redner war der Meinung, daß jeder einseitige Meister die begehrenden Forderungen der Kollegen bewilligen könnte. Kollege Kuit giebt bekannt, daß 27 Gesellen in den Ausstand getreten sind, 21 Gesellen arbeiten zu den neuen Bedingungen. Etlliche Gesellen sind abgereist. Am Donnerstag befanden sich noch 9 Mann im Streik, am Sonnabend waren es nur noch 3 Mann, die anderen hatten auswärts Arbeit erhalten. 20 Gesellen sind nicht mit in den Ausstand getreten und arbeiten unter den alten Bedingungen weiter. Kollege Häpke giebt bekannt, daß Schmiedemeister Eckardt am Montag, den 3. Juli, morgens 9 1/2 Uhr mit seinen Lehrburschen an die Arbeit gegangen ist. Zwar hat Eckardt die Forderungen bewilligt, aber fremde Gesellen, welche von auswärts gekommen sind, arbeiten unter den alten Bedingungen. Schließlich gab Kollege G. bekannt, daß der Hausvater von der Herberge zur Heimat (Bahnhofstraße) die arbeitswilligen Gesellen mit der Drojkste und mit der Pferdebahn nach Budau zu Schienemann hat fahren lassen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Filiale Eudenburg. Das Stiftungsfest findet Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der Zerbster Bierhalle, Schöningerstraße 28, statt.

Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Sonntag, den 16. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, Zusammenkunft mit Familie im Garten des Weißen Hirsches.

Donnerstag, 13. Juli: Arbeiter-Radsport-Club „Freiheit“. Übungsfahrten.

Freitag, 14. Juli: Männer-Gesangverein Einigkeit Magdeburg. Jeden Freitag abend Uebungsstunde im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke. Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Neuer Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag Uebungsstunde bei Grothum.

Männer-Turnverein „Freiheit“ auf Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.

Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Waisenpark“.

Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

Naturheil-Verein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Badeanstalt, Breitenweg 31, Uebungsabend: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.

Turnverein „Jahn“, Eudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28.

Turnverein „Vorwärts“ Eudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.

Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Uebungsstunde bei Schürich, Moldenstraße 26.

Klein-Ottersleben. Männer-Turnverein Klein-Ottersleben. Jeden Mittwoch und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Goldenen Stern.

Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Hoffäger“.

Arbeiter-Turnverein Divenstedt. Dienstags und Freitags Uebungsstunde bei A. Schinke.

Niederbodeleben. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Gustav Hornemann.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Garlich.

Freie Turner Bennedenbed. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.

Sonnabend, 15. Juli:

Allgemeine Kranken- und Sterbedafse der Metallarbeiter. Filiale Neue Neustadt. Abends 8 Uhr Zahlabend im „Weißen Hirsches“, Friedrichsplatz 2.

Bereinigung Deutscher Schmiede, Zahlstelle Magdeburg. Mitglieder-Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Grothum, Rt. Klosterstraße. Porzellanarbeiter, Zahlstelle Neustadt. Versammlung abends 8 Uhr im Weißen Hirsches, Neustadt.

Briefkasten.

M. Dem hiesigen Landtag gehören 159 Abgeordnete an, und zwar: Centrum 74, Liberaler Reichsmann 67, Bauernbund 7, Sozialdemokraten 5, Volkspartei 1, Konservative 2 und 1 „Wilder“.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Ansturt und Saale.		Saale	
Straußfurt	11. Juli + 1.60	12. Juli + 1.65	0.05
Trotha	„ + 3.72	„ + 3.52	0.20
Altleben	„ + 3.54	„ + 3.58	0.04
Bernburg	„ + 2.90	„ + 3.00	0.14
Salze, Oberpegel	„ + 2.11	„ + 2.20	0.09
do. Unterpeg.	„ + 2.64	„ + 2.88	0.20
Milde.		Saale	
Dejau	11. Juli + 3.14	12. Juli + 2.70	0.44
Mildebrücke	„	„	—
Eger, Mosbau.		Saale	
Jungbunzlau	10. Juli + 0.22	11. Juli + 0.16	0.06
Lau	„ + 0.79	„ + 0.59	0.20
Indweis	„ + 0.26	„ + 0.17	0.09
Prag	„ + 0.86	„ + 0.52	0.34
Elbe.		Saale	
Brandis	10. Juli + 0.92	11. Juli + 0.64	0.28
Brandis	„ + 1.24	„ + 1.10	0.14
Melk	„ + 1.00	„ + 0.78	0.22
Leitmeritz	„ + 0.88	„ + 0.72	0.16
Kuhlig	11. „ + 1.28	12. „ + 1.04	0.24
Dresden	„ + 0.07	„ - 0.14	0.21
Torgau	„ + 2.50	„ + 2.28	0.22
Wittenberg	„ + 3.05	„ + 2.95	0.07
Rosslau	„ + 3.00	„ + 2.93	0.07
Barby	„ + 3.64	„ + 3.68	0.04
Schönebeck	„ + 3.31	„ + 3.39	0.08
Schönebeck	12. „ + 3.20	13. „ + 2.95	0.25
Tangermünde	11. „ + 3.58	12. „ + 3.74	0.13
Wittenberge	„	„ + 3.01	—
Dömitz, Pegel	„ + 1.90	„ + 2.08	0.18
Lauenburg	„ + 1.87	„ + 2.04	0.17
Savel.		Saale	
Brandenburg	10. Juli + 2.20	11. Juli + 2.31	0.02
Oberpegel	„ + 1.92	„ + 1.92	—
do. Unterpegel	„	„	—
Oder.		Saale	
Kosel	10. Juli + 3.33	11. Juli + 4.60	1.27
Obrig Oberpegel	„ + 5.36	„ + 5.52	0.16
do. Unterpegel	„ + 3.70	„ + 3.95	0.25
Breslau Oberpeg.	„ + 5.43	„ + 5.24	0.24
do. Unterpegel	„ + 0.66	„ + 1.18	0.52
Frankfurt	8. Juli + 1.57	10. „ + 1.71	0.14
Küstrin	„ + 1.06	„ + 1.26	0.20
Warthe.		Saale	
Bosen	10. Juli + 0.54	11. Juli + 0.54	—
Küstrin	8. Juli + 0.34	10. „ + 0.45	0.11
Weichsel.		Saale	
Thorn	8. Juli - 1.50	9. Juli - 1.30	0.20
Uch	6. Juli + 0.55	7. Juli + 0.56	0.01

Neu eröffnet!

Tischlerkrugstrasse 15, Jakobsstrassen-Ecke.
Neustadt, Breiteweg 118.
Sudenburg, Breiteweg 52a.

Buchthal's Kaffee-Magazin

Kaffee-Gross-Röstereien Dortmund-Magdeburg.
145 eigene Magazine.
Inhaber der Hansa-Import-Gesellschaft.

- Gebraunnter Kaffee, Pfund von 45 Pfg. an.
- Haushalts-Kaffee, rein und kräftig, Pfund 70, 80, 90, 1.00 Mk. sowie kräftiger Perlkaffee.
- Echter Malzkaffee, Pfund 15 Pfg.
- Chin. Thee, Pfund von 1.30 Mk an.
- Cakes, Biskuits, Pfund von 30 Pfg. an.
- Kakao mit Schalen, Pfund 1.00 Mk.
- Kakao, garantiert rein, Pfund 1.50 Mk.
- Hafer-Kakao, Pfund 1.00 Mk.

Gratisproben werden abgegeben.

Neu eröffnet!

riedr. Kette, 82 J. 1 M. 12 T. Karl Ernst, Schlosserlehrling, 15 J. 7 M. 21 T. Meta, T. des Arb. Franz Lindholz, 6 M. 5 T. Hermann Schmidt, Hotelier, 37 J. 8 M. 15 T. Paul, E. des Heizers Simon Säuberlich, 1 J. 10 M. 16 T. Theresie geb. Sad. Witwe des Privatmanns Louis Becker, 67 J. 1 M. 14 T. Kurt, S. des Kellners Fritz Linde, 7 M.

Eudenburg, 12. Juli.
Geburten: Gustav, S. des Arbeiters Wilhelm Giebel. Walter, S. des Hofmeisters Fritz Biesli. Ernst, S. des Zimmermanns Friedrich Timme. Anna, T. des Arb. Wilhelm Kuhblau. Adolf, S. des Arbeiters Adolf Perplies. Erich, S. des Lokomotivhilfsheizers Friedrich Sajedow. Hans Hermann, unehelich.
Todesfälle: Karl, S. des Arbeiters Josef Arabes, 1 J. 11 M. 15 T. Otto, S. des Arb. Johannes Marquardt, 4 M. 9 T. Richard, S. des Arb. August Gärz, 5 J. 5 M. 11 T. Hermann, S. des Arb. Robert Wälfers, 2 M. 16 T. Walter, S. des Zimmermanns Gottlieb Randel, 12 T.

Budau, 12. Juli.
Geburt: Erich, S. des Schmieds Louis Fren.
Todesfälle: Ottilie, geb. Krasper, Ehefrau des Arbeiters Erdmann Königsmark, 44 J. 7 M. 23 T.

Neustadt, 12. Juli.
Angebot: Schlosser Joh. Gustav Müller mit Ernestine Rosa Karoline Verch.
Geburten: Erna, T. des Arbeiters Friedrich Wäwe. Gertha, T. des Werkführers Hugo Rigel. Martha Marie, unehelich. Erich, S. des Kaufmanns Herm. Dragorius. Franz, S. des Gelbgiebers Emil Höft. Martha, T. des Kutschers Andreas Fornalski. Paul, S. des Zuschneiders Karl Herzog. Elze, T. des Buchdruckereibesizers Albert Sorgler.
Todesfälle: Margarete, T. des Arbeiters Albert Heinrich, 1 J. 3 M. 21 T. Gertrud, T. des Tischlers Reinh. Gallupp, 1 J. 1 M. 2 T. Ferdinand, S. des Arb. Gottlieb Schwaner, 9 M. 9 T.

Standesamt.

Magdeburg, 12. Juli.
Angebote: Erna, Tochter des Arbeiters Gustav Müller, 1 M. 12 T. Karl Ernst, Schlosserlehrling, 15 J. 7 M. 21 T. Meta, T. des Arb. Franz Lindholz, 6 M. 5 T. Hermann Schmidt, Hotelier, 37 J. 8 M. 15 T. Paul, E. des Heizers Simon Säuberlich, 1 J. 10 M. 16 T. Theresie geb. Sad. Witwe des Privatmanns Louis Becker, 67 J. 1 M. 14 T. Kurt, S. des Kellners Fritz Linde, 7 M.

Künstlich-Zähne
Schmerzloses Zahnziehen an Betäubung. Nervösen, Plombieren etc.
Adolf Penningsdorf,
Budau, Bernburgerstraße 1.